



Bundesministerium  
des Innern

# Umsetzungsplan 2009 E-Government 2.0

Das Programm des Bundes



[www.cio.bund.de](http://www.cio.bund.de)



*effizient – sicher – vernetzt*  
**e-government 2.0**

## Impressum:

### Herausgeber und Redaktion:

Bundesministerium des Innern | IT-Stab  
Alt-Moabit 101 D | 10559 Berlin  
E-Mail: IT2@bmi.bund.de  
Internet: www.cio.bund.de

### Gesamtgestaltung:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

### Bildnachweis:

Bundesministerium des Innern

### Druck:

Silber Druck OHG  
Am Waldstrauch 1  
34266 Niestetal  
1. Auflage (Januar 2009) | Anzahl der Exemplare: 400

### Kostenloser Versand durch:

Publikationsversand der Bundesregierung  
Postfach 48 10 09 | 18132 Rostock  
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Artikelnr.: BMI09309



*Dr. Hans Bernhard Beus,  
Staatssekretär im  
Bundesministerium des Innern,  
Beauftragter der Bundesregie-  
rung für Informationstechnik*

Von der öffentlichen Verwaltung erwarten die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Unternehmen heute zu Recht eine schnelle, einfache und serviceorientierte Erledigung ihrer Anliegen. Sie wollen eine Verwaltung, die sie unterstützt.

Hier sind wir bereits auf einem guten Weg. Die Verwaltungsmodernisierung macht – auch durch die Informationstechnik – Fortschritte. Mit unserem ambitionierten Programm *E-Government 2.0* haben wir 2006 die wesentlichen Schritte festgelegt, die wir auf diesem Weg gehen wollen. Unser Erfolg wird daran zu messen sein, ob die Menschen die Modernisierung inner- und außerhalb der Verwaltung nachhaltig als vorteilhaft erkennen.

Mit dem Umsetzungsplan 2009 zum Programm *E-Government 2.0* wird das diesjährige Arbeitsprogramm für eine effiziente und innovative Bundesverwaltung vorgelegt sowie über die erreichten Fortschritte der 32 Modernisierungsprojekte im Jahr 2008 berichtet. Bereits im ersten Umsetzungsjahr haben wir Projektergebnisse mit praktischem Nutzen für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung erreicht, Laufzeiten der Verwaltungsvorgänge wurden drastisch reduziert und zehntausende Aktenordner überflüssig. Diese Erfolge motivieren uns auf dem Weg zu einer effizienten Verwaltung durch *E-Government*. Daran wollen wir uns auch messen lassen.

Mit dem Einsatz innovativer Technologien müssen aber auch die Arbeits- und Strukturprinzipien der Verwaltung neu gedacht werden. Arbeitsabläufe können nicht nur über große Entfernungen, sondern vor allem auch über die Grenzen von Behörden hinweg schneller, effizienter und bürgerfreundlicher werden.

Deshalb wollen wir Deutschland hinsichtlich IKT-gestützter Verwaltung bis 2010 zu einem Spitzenplatz in Europa führen. Der Bund wird sein Zusammenspiel mit der Wirtschaft verbessern und die Bundesverwaltung zum Standortfaktor für Deutschland entwickeln. Hierzu werden Verwaltungsverfahren mit der Wirtschaft möglichst nur noch elektronisch abgewickelt – so wie es auf den nationalen IT-Gipfeln in Potsdam, Hannover und Darmstadt vereinbart wurde. Bis zum Jahr 2012 werden papierbasierte Kontakte zwischen Unternehmen und den Behörden des Bundes weitgehend abgelöst sein.

Ich danke allen, die den Erfolg des Programms ermöglichen und sich für die Umsetzung der Vorhaben engagieren.



Dr. Hans Bernhard Beus,  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern,  
Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik

|  |           |
|--|-----------|
| <b>EINLEITUNG</b>  | <b>6</b>  |
| <b>1. HANDLUNGSFELD PORTFOLIO</b>  | <b>11</b> |
| 1.1 Ziele des Handlungsfelds   | 11        |
| 1.2 Wesentliche Ergebnisse des Handlungsfelds im Jahr 2008   | 12        |
| 1.3 Projekte im Handlungsfeld  | 13        |
| 1.3.1 Kundenportal der Arbeitsagentur  | 13        |
| 1.3.2 Ausbau des eService der Deutschen Rentenversicherung   | 15        |
| 1.3.3 REACH-Helpdesk zum neuen EU-Chemikalienrecht für Hersteller und Überwachungsstellen                          | 16        |
| 1.3.4 Ausbau der Ausschreibungsplattform des Bundes (e-Vergabe)  | 17        |
| 1.3.5 Integration der Statistik in eBusiness und XÖV-Prozesse – eStatistik.integration                             | 19        |
| 1.3.6 Steuer-Online für Großmelder und Einzelanträge   | 21        |
| 1.3.7 Elektronische Sortenakte – eAkte   | 22        |
| 1.3.8 Datenstruktur und Datenübermittlung in der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung sowie im Veterinärwesen | 24        |
| 1.3.9 Digitales Bildarchiv des Bundesarchivs   | 26        |
| 1.3.10 Meldewesen  | 28        |
| 1.3.11 Personenstandswesen   | 28        |
| 1.3.12 Kfz-Wesen   | 30        |
| 1.3.13 Internetverbund der Verwaltungsportale  | 32        |
| 1.3.14 Nutzungsfreundlichkeit und Barrierefreiheit   | 33        |
| 1.3.15 Elektronische Beihilfebearbeitung in der Verwaltung (eBIV)  | 36        |
| 1.3.16 Energiedaten-Portal der Bundesnetzagentur   | 37        |
| 1.3.17 Deutsche Digitale Bibliothek (DDB)  | 38        |
| 1.3.18 Elektronische Begleitinformationen zu Maßnahmen der Städtebauförderung                                      | 40        |

|  |           |
|--|-----------|
| <b>2. HANDLUNGSFELD PROZESSKETTEN</b>  | <b>42</b> |
| 2.1 Ziele des Handlungsfelds   | 42        |
| 2.2 Wesentliche Ergebnisse des Handlungsfelds im Jahr 2008   | 43        |
| 2.3 Projekte im Handlungsfeld  | 44        |
| 2.3.1 eSolution – Rentenversicherung   | 44        |
| 2.3.2 Zulassungsverfahren für die chemische Industrie  | 46        |
| 2.3.3 Elektronische Verdachtsanzeige – eVA   | 48        |
| 2.3.4 Elektronisches Abfallnachweisverfahren – eANV  | 50        |
| 2.3.5 IT FoodTrace – sichere Lebensmittelkette   | 52        |
| 2.3.6 Bürokratiekostenreduzierung durch optimierte<br>IT-basierte Informationsbereitstellung   | 53        |
| 2.3.7 Elektronisches Schadstofffreisetzung- und<br>verbringungsregister (Elektronisches Pollutant<br>Release and Transfer Register, ePRTR) | 54        |
| 2.3.8 Vollzug der Tierarzneimittelzulassung und<br>Überwachung (eTAM)  | 55        |
| <b>3. HANDLUNGSFELD IDENTIFIKATION</b>   | <b>57</b> |
| 3.1 Ziele des Handlungsfelds   | 57        |
| 3.2 Wesentliche Ergebnisse des Handlungsfelds im Jahr 2008   | 58        |
| 3.3 Projekte im Handlungsfeld  | 59        |
| 3.3.1 Elektronischer Personalausweis   | 59        |
| 3.3.2 Anwendungen für den elektronischen Personalausweis   | 60        |
| 3.3.3 E-Identity-Konzept   | 62        |

|   |           |
|---|-----------|
| <b>4. HANDLUNGSFELD KOMMUNIKATION</b>   | <b>63</b> |
| 4.1 Ziele des Handlungsfelds  | 63        |
| 4.2 Wesentliche Ergebnisse des Handlungsfelds 2008  | 64        |
| 4.3 Projekte im Handlungsfeld   | 65        |
| 4.3.1 Bürgerportale (De-Mail)   | 65        |
| 4.3.2 Deutschland-Online Infrastruktur – DOI  | 67        |
| 4.3.3 Förderung der Breitbandversorgung ländlicher<br>Räume im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung<br>der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) | 69        |
| <b>5. ORGANISATION DES PROGRAMMS</b>  | <b>70</b> |
| 5.1 Programm- und Projektmanagement   | 70        |
| 5.2 Marketing und Öffentlichkeitsarbeit   | 71        |
| 5.3 Finanzbedarf des Programms  | 72        |
| <b>6. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</b>   | <b>73</b> |



effizient – sicher – vernetzt

## e-government 2.0

### E-GOVERNMENT 2.0 – DAS PROGRAMM DES BUNDES

Im September 2006 hat die Bundesregierung *E-Government 2.0 – das Programm des Bundes* beschlossen. Es ist Bestandteil der übergreifenden Modernisierung der gesamten Bundesverwaltung und fügt sich damit in das Programm *Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen* ein.

*E-Government 2.0*<sup>1</sup> wird in vier Handlungsfelder untergliedert:

- Portfolio
- Prozessketten
- Identifikation
- Kommunikation

In den jährlich zu erstellenden Umsetzungsplänen werden die Fortschritte dokumentiert sowie die anstehenden Projektaufgaben und Ziele konkretisiert. Mit dem Kabinettschluss vom 19. März 2008 ist die fachliche Verantwortung für das Regierungsprogramm *E-Government 2.0* vom Bundeskabinett auf den „Rat der IT-Beauftragten“ übergegangen.

### E-GOVERNMENT 2.0 – PROJEKTHIGHLIGHTS 2008

In allen 32 Pilotprojekten des Umsetzungsplans 2008 wurden bis Ende des Jahres wesentliche Fortschritte erzielt:

- Begleitet von einem breiten fachlichen Dialog zum Grobkonzept des elektronischen Personalausweises wurde der Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Danach soll der multifunktionale Ausweis im Scheckkartenformat ab dem 1. November 2010 ausgegeben werden. Er wird einerseits den Reiseverkehr sicherer

<sup>1</sup> Das Programm ist im Internet unter <http://www.cio.bund.de> veröffentlicht.

machen und andererseits ganz wesentlich dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger zunehmend Auskünfte und Anträge bei Behörden von zu Hause per Mausclick über das Internet stellen werden.

- Mit der Campuskarte der Technischen Universität Darmstadt konnte zum Dritten Nationalen IT-Gipfel erstmals der sichere elektronische Identitätsnachweis für den künftigen elektronischen Personalausweis öffentlich vorgestellt werden.
- Auf dem Dritten Nationalen IT-Gipfel wurde die Vorbereitung zur Pilotierung eines lokalen „De-Mail“-Testbetriebs in Friedrichshafen gestartet. Im Testbetrieb sollen die technischen Anforderungen und die Nutzerakzeptanz für einen rechtssicheren, zuverlässigen und geschützten E-Mail-Verkehr evaluiert werden. Ein weiterer Meilenstein im Projekt Bürgerportale (De-Mail) war die Veröffentlichung des Entwurfs zum Bürgerportalgesetz. Im Rahmen einer Onlinekonsultation konnten Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaft erstmals ihre Kommentare und Anmerkungen zum Gesetzentwurf elektronisch abgeben.
- Im Juni 2008 hat das Vorhaben Deutschland-Online Infrastruktur mit der Gründung eines Vereins (DOI-Netz e. V.) die organisatorischen Voraussetzungen für den Betrieb einer zentralen Kommunikationsinfrastruktur der deutschen Verwaltung geschaffen.
- Mit der elektronischen Bereitstellung der Antragsformulare für 500 Pflanzenarten konnte das papierbasierte Altsystem vollständig abgelöst und damit die medienbruchfreie Antragsabwicklung (einschließlich elektronischer Signatur) für Sortenschutz und Sortenzulassung ermöglicht werden.
- Seit dem Jahr 2008 kann aus Wikipedia themenbezogen auf die Bilder des Digitalen Bildarchivs (Bundesarchiv) zugegriffen werden. Dies ist ein erstes Beispiel für die Integration von Web 2.0-Technologien in E-Government-Dienstleistungen.
- Seit Juni 2008 können die Meldungen zur Freisetzung von Schadstoffen in Luft, Wasser und Boden sowie zur Verbringung von Abfällen und Schadstoffen im Abwasser durch die Emittenten deutschlandweit online übermittelt werden. Dies ist ein erster Erfolg des Projekts „Elektronisches Schadstofffreisetzungs- und verbringungsregister“ (ePRTR).

### E-GOVERNMENT 2.0 – WEITERENTWICKLUNG DES RAHMENPROGRAMMS

Im Sinne eines bedarfsorientierten Ausbaus der E-Government-Angebote des Bundes wurden im Jahr 2008 eine Reihe zentraler Programmmaßnahmen durchgeführt, zu denen insbesondere die Einbindung von Wirtschaft und Wissenschaft gehörte. Die Projekte in den Handlungsfeldern Portfolio und Prozessketten wurden gezielt durch die

Bereitstellung von Methoden und Leitfäden unterstützt. So haben 2008 vier Projekte eine Nutzerbefragung auf Grundlage des im Jahr 2008 veröffentlichten und pilotierten E-Government 2.0-Leitfadens zur „Bedarfsermittlung und Nutzerbefragung“ mit dem Ziel einer stärkeren Kundenorientierung durchgeführt.

### **Innovationsförderung und Forschung**

Für begleitende Grundlagenforschung sowie konkrete Fragestellungen der E-Government-Projekte wurden Forschungsmittel im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung bereitgestellt. Damit konnten 2008 mehr als zehn Forschungsaufträge zu Themen der Handlungsfelder Portfolio, Prozessketten, Identifikation und Kommunikation bewilligt werden. Für die Bearbeitung dieser Forschungsaufträge konnte ein breites Spektrum an wissenschaftlichen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen gewonnen werden.

### **Zusammenarbeit mit der Wirtschaft**

Ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft lag 2008 in der Entwicklung von Methoden zur besseren Abstimmung der organisationsübergreifenden Abläufe und IT-Verfahren („Prozessketten“). Dazu werden in wissenschaftlichen Untersuchungen exemplarisch übergreifende Prozesse in den drei Themenbereichen Umwelt, Finanzdienstleistungen sowie Informations- und Meldepflichten für Arbeitgeber analysiert und auf ihr Weiterentwicklungspotenzial untersucht. Die dabei entwickelten Methodiken sollen künftig helfen, Prozessketten – basierend auf bestehenden Verfahren, Prozessen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen – systematisch zu analysieren und einen höheren Integrationsgrad bei der Umsetzung sicherzustellen. Mit dieser Kombination aus wissenschaftlicher Methodenentwicklung und praktischer Anwendung mit dem Ziel, ein standardisiertes Vorgehensmuster für die Entwicklung von „Prozessketten“ zu entwickeln, ist Deutschland Vorreiter in Europa.

### **Elektronische Bürgerbeteiligung**

Aufbauend auf den Ergebnissen zweier Studien zu E-Partizipation (Beteiligung) und E-Inklusion (Teilhabe) wurde im März 2008 die erste Onlinekonsultation mit Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich auf Bundesebene durchgeführt. Die Konsultation lieferte konkrete Hinweise für das weitere strategische Vorgehen zur Stärkung der elektroni-

schen Bürgerbeteiligung. Bereits im November 2008 konnte mit dem „Bürgerportalgesetz“ erstmals auf Bundesebene der Entwurf eines Gesetzestextes online diskutiert und bewertet werden.

Mit diesen ersten Pilotprojekten auf Bundesebene wurden neue Impulse gesetzt, um die Nutzung des „Mitmach-Internets“ zur Steigerung der Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft an der politischen Gestaltung zu stärken und die digitale Integration durch E-Government zu verbessern. Das Ziel, durch E-Government auch eine auf Einbeziehung ausgerichtete digitale Gesellschaft zu fördern, in der allen Menschen Chancen geboten werden und das Risiko einer Ausgrenzung so gering wie möglich gehalten wird, soll 2009 durch konkrete Projekte weiter ausgebaut werden.

### **E-Government 2.0 im internationalen Vergleich**

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung haben die Ziele und Projekthalte des Programms insgesamt bestätigt. Mit der konsequenten Umsetzung des Ziels, Verwaltungsabläufe durch zeitgemäßen wie zukunftsorientierten Technikeinsatz effizienter zu gestalten und die Angebote genauer auf die Bedürfnisse der Zielgruppen – Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft – auszurichten, hat sich Deutschlands Position im internationalen Ranking bereits deutlich verbessert. Beim E-Government Survey 2008 der Vereinten Nationen erreicht Deutschland Platz 22 unter den 192 UN-Mitgliedstaaten. Im Bereich der nationalen E-Government Struktur – wie z. B. durch die neue IT-Steuerung des Bundes oder die Runde der E-Government-Staatssekretäre von Bund und Ländern – ist Deutschland Vorreiter im Aufbau der von der UN angeregten E-Government-Strukturen.

### **E-GOVERNMENT 2.0 – NÄCHSTE MEILENSTEINE**

Mit dem am 28. August 2007 in Meseberg verabschiedeten Arbeitsprogramm hat sich die Bundesregierung noch einmal klar dazu bekannt, die Potenziale des E-Governments für eine wirtschafts- und bürgerfreundliche Verwaltung zu nutzen. Dabei wird vor allem im Bereich des Bürokratieabbaus durch den verstärkten Einsatz von Onlineverfahren ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der Wirtschaft sowie der Bürgerinnen und Bürger erwartet. Bereits auf dem Ersten Nationalen IT-Gipfel im Dezember 2006 hatte die Kanzlerin zugesagt, dass ab 2012 alle Transaktionen zwischen Unternehmen und Behörden in aller Regel nur noch elektronisch abgewickelt werden.

Auf dem Dritten Nationalen IT-Gipfel am 20. November 2008 in Darmstadt wurde die zentrale Bedeutung sicherer elektronischer Identitäten sowie Infrastrukturen, wie sie im Rahmen der E-Government 2.0-Projekte „Elektronischer Personalausweis“ und „Bürgerportale (De-Mail)“ entwickelt werden, bekräftigt. Zudem wurde betont, dass E-Government den Zugang zu staatlichen Dienstleistungen für Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaft einfacher und kostengünstiger macht. Insbesondere die Qualität, die Kundenorientierung sowie der Nutzungsintensität und die Sicherheit staatlicher IT-Angebote sind zu wesentlichen Standortfaktoren für Unternehmen in Deutschland geworden.

E-Government-Prozesse müssen künftig gemeinsam durch alle Beteiligten noch weiter integriert, ausgebaut und vereinfacht werden. Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung haben auf dem Dritten Nationalen IT-Gipfel vereinbart, ab 2009 eine gemeinsame E-Government-Strategie zu entwickeln. Das Programm *E-Government 2.0* kann aufgrund der bisherigen Ergebnisse und Erkenntnisse wichtige Inhalte zur ersten Deutschen E-Government-Gesamtstrategie beisteuern.

## 1.1 Ziele des Handlungsfelds

Aus dem E-Government-Programm der Bundesregierung leiten sich folgende Ziele für alle E-Government-Dienstleistungen ab:

- Bedarfsorientierte Weiterentwicklung des Onlineangebots und Umsetzung einheitlicher Qualitätsmaßstäbe
- Steigerung der Nutzerorientierung und Erweiterung der Einbindung der Zielgruppen beim weiteren Ausbau der Onlineangebote
- Vereinfachung von wichtigen behördenübergreifenden Verfahren
- Verbesserung der Beteiligung von Wirtschaft und Bevölkerung an politischen Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen (E-Partizipation)
- Sicherung der Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der Informationsgesellschaft unter Berücksichtigung von sozialen und technischen Aspekten (E-Inklusion)

Die Bearbeitungszeiten oder die Kosten auf Seiten der Nutzer werden bei Onlinetransaktionen bis 2010 um durchschnittlich 15 Prozent gesenkt. Dies wird durch die vollständige elektronische Abwicklung der Verfahrensschritte im Internet oder durch die mehrkanalige Unterstützung von Onlinedienstleistungen erreicht. Die Onlinenutzungsgrade der Dienstleistungen werden deutlich gesteigert. Zum Nachweis der Zielerreichung durch die Ressorts werden Ziele und Messgrößen<sup>2</sup> für die einzelnen Verfahren festgelegt und angewendet. Im Dialog der Behörden mit den Interessen- und Wirtschaftsverbänden werden die Ziele überprüft und weitere Nutzerbedarfe analysiert.

E-Partizipation soll künftig gezielt als eine qualitative Erweiterung von E-Government genutzt werden. Dabei ist das Interesse auf Seiten der Bevölkerung belegt: Im ersten Quartal 2007 haben ca. 27 Millionen Menschen über das Internet E-Government-Dienste der Verwaltung abgerufen. Das sind etwa 43 Prozent der deutschen Bevölkerung (zwischen 16 und 74 Jahren). Das zeigt, dass mit zeitgemäßen elektronischen Beteiligungsangeboten die E-Government-Nutzerzahlen in den kommenden Jahren deutlich gesteigert werden können.

<sup>2</sup> Bundesministerien mit Geschäftsbereich.

Zur Erreichung dieser Ziele werden die im Folgenden beschriebenen Einzelvorhaben in Zusammenarbeit des Bundesministeriums des Innern, der Bundesbehörden und der beteiligten Länder umgesetzt. Die Realisierung erfolgt dabei dezentral in den jeweiligen Behörden, die Steuerung obliegt den zuständigen Ressorts.

## 1.2 Wesentliche Ergebnisse des Handlungsfelds im Jahr 2008

Im Jahr 2008 standen die Verbesserung der Nutzerorientierung, die bedarfsgerechte Ausgestaltung von E-Government-Angeboten, die strategische Aufarbeitung E-Partizipation (Mitmach-Internet für die Verwaltung) sowie die Verbesserung der digitalen Integration durch E-Government (E-Inklusion) im Mittelpunkt der Portfolio-Aktivitäten. Exemplarisch für die Projekterfolge im Handlungsfeld Portfolio sollen an dieser Stelle zwei Projekte genannt werden:

- Durch die Bereitstellung von Bildern des Bundesarchivs für Wikipedia sowie eine Verlinkung von Bildtexten in Wikipedia-Artikeln konnte das Projekt Digitales Bildarchiv (Bundesarchiv) seinen Service in ein bereits bekanntes und etabliertes Web 2.0-Angebot einbinden.
- Durch die Einführung der Elektronischen Sortenakte (Bundessortenamt) konnte das papierbasierte Altsystem vollständig durch eine medienbruchfreie Antragsabwicklung einschließlich elektronischer Signatur abgelöst werden. Seit 2008 stehen für ca. 500 Pflanzenarten Onlinezulassungsanträge bzgl. Sortenschutz und Sortenzulassung bereit.

Der Programmschwerpunkt „Bedarfsgerechte Ausgestaltung des E-Government-Portfolios“ wurde durch den Beschluss zur verbindlichen Nutzung des „Leitfadens zur Bedarfsanalyse und Nutzerbefragung“ im Rahmen von *E-Government 2.0* unterstützt. Der Leitfaden wird allen Behörden zur Anwendung empfohlen.

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Nutzererwartungen im digitalen Raum wurden im Jahr 2007 zwei Studien zur wissenschaftlichen Aufarbeitung einer Stärken-Schwächen-Darstellung von E-Partizipation und E-Inklusion für die Bundesrepublik Deutschland beauftragt. Die im Februar 2008 vorgelegten Studien geben Aufschluss über

den nationalen und internationalen Ist-Stand, über das Potenzial und über die Voraussetzungen für erfolgreiche verwaltungsspezifische E-Partizipations- und E-Inklusionsangebote. Diese ausführliche und praxisnahe Befassung mit den Themen E-Partizipation und E-Inklusion ist bisher einmalig in Europa.

Als erste Empfehlung aus beiden Studien wurde im März 2008 eine Onlinekonsultation durchgeführt. Alle Interessierten waren eingeladen, die Studienergebnisse und Handlungsempfehlungen direkt im Internet zu bewerten. Das Angebot, eine Premiere für die Bundesverwaltung, bekam viel positive Resonanz. Über 80 Prozent der Teilnehmer bekundeten ihr Interesse an weiteren Beteiligungsangeboten. Im November 2008 wurde mit dem „Bürgerportalgesetz“ erstmals auf Bundesebene ein Gesetzesentwurf zur Kommentierung durch Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaft unter [www.e-konsultation.de](http://www.e-konsultation.de) veröffentlicht. Das „Bürgerportalgesetz“ soll u. a. eine sichere und verbindliche Onlinekommunikation via „De-Mail“ ermöglichen. Weitere Online-Teilhabeprojekte werden 2009, u. a. vom Bundesministerium des Innern, umgesetzt.

Im Bereich E-Inklusion wurde das Projekt „One-Stop-Shop für Behinderte“ (BMAS) aufgrund seines umfassenden Projektkonzeptes sowie der Verwendung neuester Technologien (Web 2.0) für die Belange behinderter Menschen 2008 als nationales „E-Inclusion-Flagship“ der Europäischen Union benannt (siehe auch [www.epractice.eu](http://www.epractice.eu)).

## 1.3 Projekte im Handlungsfeld

### 1.3.1 Kundenportal der Arbeitsagentur

Federführung: Bundesagentur für Arbeit (BA)

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

Die Bundesagentur für Arbeit hat im Jahr 2005 flächendeckend Service Center eingerichtet, um die telefonische Erreichbarkeit deutlich zu verbessern und fernmündliche Kundenanfragen mit hoher Qualität zu beantworten.

Auf der Grundlage dieses Entwicklungsschrittes hat sich die Bundesagentur zum Ziel gesetzt, im Jahre 2007 ihre Multi-Channel-Strategie (Mehr-Kanal-Zugang) weiterzuentwi-

ckeln und auszubauen. Mit dem Kundenportal stehen den Kunden zukünftig verschiedene Wege der Kontaktaufnahme mit den Agenturen für Arbeit zur Verfügung.

Dazu gehören neben dem telefonischen Zugangskanal zu den Service Centern der persönliche Kontakt in den Agenturen sowie der Onlinezugangskanal. Ziel ist es, den Kunden künftig verstärkt die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen online zu kommunizieren. Dabei geht es darum,

- die Onlinejobbörse weiter auszubauen, um die Nutzung durch die Kunden – wie die Eingabe von Bewerberprofilen durch die Kunden selbst im Rahmen des Projekts „Check-in“ – zu erhöhen,
- den E-Mail-Zugangskanal zur Klärung von Kundenanliegen analog zur persönlichen und telefonischen Kontaktaufnahme neu zu strukturieren und zu bewerben sowie
- Projekte im Rahmen der E-Government-Strategie zu identifizieren.

Dem Kunden soll der Kontaktkanal angeboten werden, den er bevorzugt und der den effizientesten Prozess der Kommunikation mit dem Kunden ermöglicht. Daraus folgt, den elektronischen Zugang über das Kundenportal möglichst mit erster Priorität, den telefonischen Kontakt mit zweiter und den persönlichen Zugang mit dritter Priorität zu nutzen.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Pilotierung des E-Mail-Zugangskanals sowie intelligente Steuerung der Beantwortung nach Lastsituation
- Weiterentwicklung der Selbsteingabe von Bewerberprofilen (Check-in)
- Implementierung ausgewählter Prozesse: Kindergeldanträge online, Veränderungsmeldungen online und unkritische Statusmitteilungen online

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Implementierung des E-Mail-Zugangskanals
- Relaunch Jobbörse (Selbsteingabe von Bewerberprofilen)
- Produktivstart von „Kindergeldanträge online“

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Stufenweise Realisierung weiterer Projekte: Die onlinefähigen Dienstleistungen der BA sollen bis 2010 verfügbar sein.

### 1.3.2 Ausbau des eService der Deutschen Rentenversicherung

#### Federführung: Deutsche Rentenversicherung (DRV)

#### PROJEKTBE SCHREIBUNG:

Die elektronische Kommunikation mit der Deutschen Rentenversicherung ist bisher nur für die Versicherten selbst möglich und abhängig von der Nutzung von Signaturkarten. Zukünftig soll dieser Service auf professionelle Nutzer, wie z. B. Rentenberater und Betreuer, und nicht professionelle Nutzer, wie insbesondere Hinterbliebene, ausgeweitet werden.

Eine Erhöhung der elektronischen Kommunikation in beide Richtungen (Versicherte/ Behörde) führt zu verkürzten Laufzeiten bei den Leistungsanträgen, einer höheren Effizienz der Sachbearbeitung durch die gesteigerte Datenqualität der Vorgänge und damit zu Kosteneinsparungen. Berechtigte Dritte sollen bis 2010 alle Serviceangebote der DRV online nutzen können.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Erweiterung der Anwenderforderungen um andere berechtigte Dritte (Betreuer und Hinterbliebene)
- Fertigstellung der Auftragsanalyse durch die IT

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Beginn der Programmierung

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Abschluss der Programmierung und damit Öffnung aller eService-Dienste für berechtigte Dritte

### 1.3.3 REACH-Helpdesk zum neuen EU-Chemikalienrecht für Hersteller und Überwachungsstellen

Federführung: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA)

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

Die Neufassung des europäischen Chemikalienrechts durch die REACH-Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) fordert von den Mitgliedstaaten die Einrichtung einer nationalen Auskunftsstelle („Helpdesk“) für Hersteller, Importeure und Anwender chemischer Stoffe. Diese soll kostenlose Informationen und Orientierungshilfen bei der Umsetzung von REACH bereitstellen sowie Industrie, hier insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, bei der Anwendung der REACH-Verordnung beraten.

Um den Anforderungen einer schnellen, umfassenden und aktuellen Beratung gerecht zu werden, soll der deutsche Helpdesk auf modernen Internettechnologien aufsetzen. Das Internetangebot wird kontinuierlich zu einer der wichtigsten Informationsquellen ausgebaut. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat den REACH-Helpdesk im September 2006 in Betrieb genommen. Ziel des E-Government 2.0-Projekts ist der Ausbau der Plattform, insbesondere in Bezug auf die technische Umsetzung. Dazu gehört im Wesentlichen die Einbindung der Experten der beteiligten Bundesbehörden (UBA, BfR, BAM, BAuA FB 4) und der betroffenen Länderbehörden auf Basis eines Netzwerkes und der Ausbau der Onlineinformationen.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Fertigstellung technisches Grobkonzept
- Kontinuierlicher Ausbau des Internetangebots

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Durchführung des Vergabeverfahrens
- Erstellung des Sicherheitskonzeptes
- Bedarfsgerechte Erweiterung der Call-Center-Software

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFEIT):

- Aufbau eines Netzwerkes zur Einbindung der Experten der Bundesbehörden (UBA, BfR, BAM, BAuA FB 4) und der betroffenen Länderbehörden
- Öffnung der Wissensdatenbank für die beteiligten Behörden
- Bedarfsgerechte Erweiterung der Systemsoftware (Wissensmanagement, Call-Center-Software, Telefonanlage)

### 1.3.4 Ausbau der Ausschreibungsplattform des Bundes (e-Vergabe)

Federführung: Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern (BeschA)

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

Die e-Vergabe unterstützt den gesamten Prozess des öffentlichen Einkaufs von der Veröffentlichung der Bekanntmachung bis zum Zuschlag sowohl für nationale als auch für EU-weite Ausschreibungsverfahren. Nutzer der Dienstleistung sind Firmen und Vergabestellen (auch auf Länder- und kommunaler Ebene). Die Vergabestellen, die beteiligt sind, verwenden eine zentrale Plattform, über die Ausschreibungen im Internet komplett online abgewickelt werden können. Aufbauend auf der bereits im Einsatz befindlichen Lösung soll die Ausschreibungsplattform wesentlich ausgebaut und erweitert werden, um die Zahl der elektronisch abgewickelten Ausschreibungsverfahren zu erhöhen und um eine größere Anzahl an Unternehmen zu erreichen. Dadurch werden die Vorgaben der Europäischen Kommission erfüllt (Agenda i2010) sowie der nationale Stufenplan zur Einführung der elektronischen Angebotsabgabe umgesetzt.

Kernelemente der Lösung sind eine technisch verbesserte, hochverfügbare und sichere Kommunikationsplattform im Internet für den Dokumenten- und Datenaustausch sowie eine Lösung für den Einsatz der elektronischen Signatur. Neue Verfahren wie die elektronische Auktion oder die dynamische elektronische Beschaffung können zukünftig, d. h. nach Umsetzung der EU-Regelungen ins nationale Vergaberecht, ebenfalls über die e-Vergabe abgewickelt werden.

Im Jahr 2007 wurde der Projektansatz um das Thema „XVergabe“ erweitert und strebt nun auch die Schaffung eines einheitlichen Bieterzugangs zu den Vergabeplattformen der öffentlichen Hand an. Es soll ein plattformübergreifender Daten- und Austauschprozessstandard definiert werden, der zu einer höheren Bieterakzeptanz und somit zu einer höheren Beteiligung am digitalen Vergabeprozess führt.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Verstärkung der Bieterunterstützung (z. B. Bereitstellung eines automatischen Installations- und Konfigurationstools)
- Technische Weiterentwicklung der Plattform zur vereinfachten Integration in heterogene und moderne Softwareumfelder, wie sie in den nutzenden Unternehmen vorliegen: z. B. Unterstützung von Windows Vista, Adobe 9 (Signatur)
- Erarbeitung erster Spezifikationen im Projekt XVergabe für den Bereich der Vereinheitlichung und des Austauschs von Bekanntmachungen zwischen verschiedenen Plattformen und Veröffentlichungsportalen
- Ausbau der Schnittstellen zu Backendsystemen in den nutzenden Behörden, insbesondere zu Vergabemanagementsystemen

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Einführung eines Linux- und eines Mac-Clients zur Kommunikation zwischen Vergabestellen und Unternehmen, die die Möglichkeit zur Verwendung elektronischer Signaturen mit diesen Systemen bieten
- Erleichterung des Zugangs zur e-Vergabe für Unternehmen, z. B. durch Anmeldung via Nutzerkennung und Passwort, um so einen verteilten Zugriff auf die Vergabeverfahren in einem Arbeitskorb zu ermöglichen
- Weitere Anpassungen aufgrund der Überführung des EU-Vergaberechts in nationales Recht (elektronische Auktion und dynamische Beschaffungsverfahren)

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFEIT):

- Herstellung der Interoperabilität unter den verschiedenen e-Vergabe-Plattformen, die deutschlandweit im Einsatz sind (gemeinsames Projekt des Arbeitskreises der Plattformanbieter unter Begleitung der Branchenverbände Bitkom und BDI)
- Integration von XVergabe in die Softwareprodukte

- Ausblick: Perspektivisch soll die Bereitstellung von XVergabe-Clients für e-Vergabe-Nutzer durch entsprechende Softwareunternehmen angeregt werden
- Weiterer Ausbau der Schnittstellen zur Schaffung durchgängiger Prozessketten auch auf Anbieterseite

### 1.3.5 Integration der Statistik in eBusiness und XÖV-Prozesse – eStatistik.integration

Federführung: Statistisches Bundesamt (StBA)

#### PROJEKTBEschreibung:

Das Statistische Bundesamt erstellt ca. 390 verschiedene Statistiken in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Die Ergebnisse dieser Statistiken werden von einer breiten Öffentlichkeit, aber auch von Politik und Wirtschaftsunternehmen für wichtige Entscheidungen genutzt. Das Statistische Bundesamt hat verschiedene Onlineverfahren für die Erhebung von Daten vor allem für Unternehmen geschaffen. Die Möglichkeiten zur Onlinedatenerhebung sollen weiter verbessert werden. Im Rahmen des Projekts wird der funktionale und technische Umfang ausgebaut, um insbesondere die direkte Übertragung der Daten aus bestehenden Anwendungen der Meldenden zu ermöglichen. Schnittstellen und Formate, die Erhebungsprozesse sowie die vorhandenen eSTATISTIK-Softwarewerkzeuge werden – orientiert am Bedarf der Wirtschaft und der Statistischen Ämter – weiterentwickelt und integriert.

Ziel ist es, die vorhandenen Verfahren der Übermittlung von statistischen Daten (IDEV und eSTATISTIK.core) gemeinsam mit den Ländern auszubauen und die Meldeprozesse zu standardisieren und zu vereinfachen.

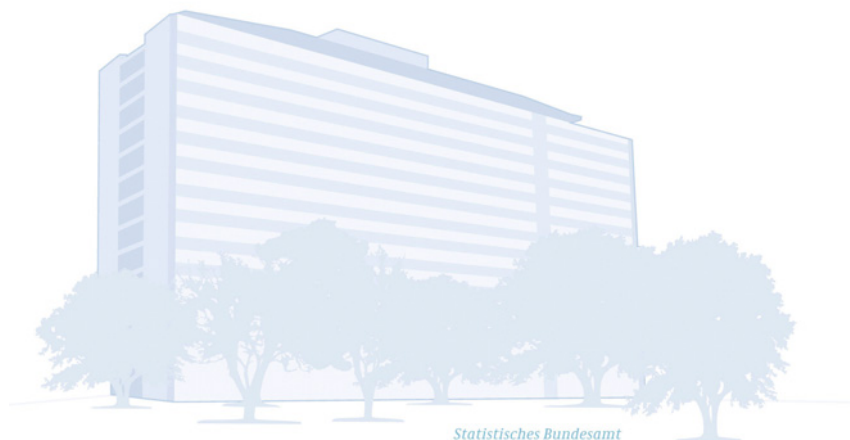
Zielgruppen sind Wirtschaftsunternehmen, die statistischen Meldepflichten unterliegen, Softwarehersteller (insbesondere von ERP-Software), Statistische Landesämter, Verbände, weitere auskunftspflichtige Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürger.

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

- Das europaweite Vergabeverfahren befindet sich in der Umsetzung.
- Bereitstellung der zur Automatisierung erforderlichen Ressourcen (DatML/SDF und DatML/EDT) über eine im Internet verfügbare, über Web-Services in Verfahren einbindbare Erhebungsdatenbank der Statistik.
- Die zentrale Dateneingangsstelle der Statistik ist im Statistik-Portal verankert. Über das angeschlossene Konvertierungs-Center werden eingehende Meldungen automatisiert validiert, ggf. in andere Formate konvertiert und an die Empfängerländer übermittelt.
- Die technischen Voraussetzungen für eine barrierefreie Weboberfläche des IDEV-Systems wurden geschaffen.

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Ausbau der CORE.connect-Bibliothek zur Unterstützung der Softwarehersteller durch die integrierte Erstellung des Lieferdatenformates DatML/RAW an die Statistik
- Unterstützung der OSCI-Transportschicht durch Integration in die CORE.connect-Bibliothek



- Schaffung eines barrierefreien Zugangs für die über IDEV angebotenen Statistiken (fachlicher Teil)
- Optimierung der Benutzerführung im IDEV-System

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Produktionsfreigabe einzelner Module
- Ausweitung des Funktionsumfangs
- Finalisierung des IT-Verfahrens und der Schnittstellen

**1.3.6 Steuer-Online für Großmelder und Einzelanträge**

Federführung: Bundeszentralamt für Steuern (BZSt), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Freistaat Bayern

**PROJEKTBECHREIBUNG:**

Steuer-Online wird erweitert um die elektronische Antragstellung mit Authentifizierungsmöglichkeit für Anträge auf Umsatzsteuervergütung aufgrund der ab dem 1. Januar 2010 geltenden 9. EU-Richtlinie. Dabei werden alle bisherigen elektronischen Meldewege auf die ELSTER-Technologie umgestellt und gebündelt. Geplant ist die Bereitstellung einer mit den Ländern abgestimmten und standardisierten Lösung für das Onlineportal und die Basiskomponente Formulareserver.

Durch den Ausbau werden weitere Steuerverfahren für die Unternehmen deutlich vereinfacht und Kosten und Bearbeitungszeiten reduziert. Durch die technische Standardisierung und Bündelung der Verfahren wird die Zahl der teilnehmenden Unternehmen deutlich erhöht.

Bereits 2007 war es möglich, die ersten neuen Antragsverfahren elektronisch abzuwickeln. Im Jahr 2008 war es in weiteren Verfahren möglich, Meldungen/Anträge über das BZStOnline-Portal einzureichen.

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

- Abgabe von Meldungen nach der EU-Zinsrichtlinie über das BZStOnline-Portal
- Abgabe der Meldungen über die freigestellten Kapitalerträge nach § 45 d EStG über das BZStOnline-Portal
- Einsatz eines einheitlichen Berechtigungsverfahrens für die BZSt-Verfahren (inkl. Berechtigungsdatenbank BELEK), Stufe I

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Erweiterung des einheitlichen Berechtigungsverfahrens für die BZSt-Verfahren (inkl. Berechtigungsdatenbank BELEK), Stufe II
- Ermöglichen des Einsatzes des BZStOnline-Portals für Umsatzsteueranträge aufgrund der ab Januar 2010 geltenden 9. EU-Richtlinie (Inländeranträge)
- Vereinfachung des Registrierungsprozesses zur Nutzung des BZStOnline-Portals

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Fortlaufende Überprüfung der elektronischen Antrags- und Meldewege anhand des Nutzerbedarfs und schrittweise qualitativer Ausbau der Verfahren unter Berücksichtigung der Einsparmöglichkeiten für die Wirtschaft und die Verwaltung sowie der gesetzlichen Vorgaben
- Umsetzung und Pilotierung des Berechtigungskonzepts

**1.3.7 Elektronische Sortenakte – eAkte**

Federführung: Bundessortenamt (BSA)

**PROJEKTBECHREIBUNG:**

Das gegenwärtige Verfahren der Antragstellung für den Sortenschutz und die Zulassung von Pflanzensorten verläuft entweder papierbasiert oder unter Nutzung eines elektronisch signierten Formulars. Der Antragsteller konnte sich bisher Formulare aus dem Internet herunterladen und am PC ausfüllen. Danach wurden die Anträge, die bis zu 30 Seiten lang sein können, ausgedruckt, unterschrieben und an das Bundessortenamt versandt. 15 Prozent aller eingereichten Anträge waren fehlerhaft und verursachten zusätzlichen Arbeitsaufwand für Rückfragen. Die Sortenakte, bestehend aus den

Antrags- und Verfahrensunterlagen, wird derzeit bis zur Löschung der Sorte geführt und danach in Papierform archiviert. Das künftige Verfahren ist dadurch gekennzeichnet, dass Medienbrüche vermieden werden. Die Nutzung der qualifizierten „digitalen“ Signatur durch den Antragsteller sowie die elektronische Aktenführung in einem Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem (DMS/VBS) sind dafür wichtige Voraussetzungen. Das signierte Dokument wird einschließlich aller Anlagen elektronisch an das Bundessortenamt übertragen und in die elektronische Akte mit den entsprechenden Nachweisen übernommen. Über einen mit dem Dokument druckbaren Barcode können die Daten der auf Papier eingereichten Anträge elektronisch ausgelesen und weiterverarbeitet werden.

**FOLGENDE RESULTATE SIND ZU ERWARTEN:**

- Die Bearbeitungszeiten für die Anträge werden verkürzt und die Zusammenarbeit mit den Antragstellern wird durch die automatische Prüfung der Formularinhalte verbessert.
- Das Bundessortenamt wird durch die Ablösung der erneuten Datenerfassung und durch die Einführung der elektronischen Vorgangsbearbeitung deutlich entlastet.

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

- Vollständige Ablösung der alten Antragsformulare für 500 Pflanzenarten einschließlich der elektronischen Signatur für den Sortenschutz und die Sortenzulassung
- Test eines Vorgangsbearbeitungssystems im November 2008

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Durchführung des Vergabeverfahrens
- Beginn der Anbindung der Verfahrensdatenbank

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Einführung ergänzender neuer Formulare (neuer Züchter)
- Anbindung der Registerdatenbank ab 2010 sowie weiterer Fachverfahren
- Einführung einer elektronischen Archivierungslösung (2010)

### 1.3.8 Datenstruktur und Datenübermittlung in der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung sowie im Veterinärwesen

Federführung: Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)

#### PROJEKTbeschreibung:

Das BVL wertet die von den für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Länderbehörden übermittelten Daten aus und erstellt entsprechende Dokumentationen sowie Berichte. Die übermittelten Daten werden im BVL schon heute elektronisch verwaltet. Ziel ist es, künftig die Datenübermittlung der Länderbehörden und die Datenverwaltung im BVL wesentlich flexibler zu gestalten und dadurch die Kosten zu reduzieren. Die Neugestaltung ist notwendig geworden, um die Anforderungen hinsichtlich der Berichtspflichten über die gesamte Lebensmittelkette (einschließlich Futtermittel und Veterinärwesen) zukünftig erfüllen zu können (vgl. Prozesskette IT FoodTrace). Hierzu wird die bestehende Verwaltung von Kodierkatalogen deutlich erweitert und optimiert. Weiterhin soll durch Bereitstellung eines entsprechenden Internetportals die Datenübermittlung vereinfacht und der Zugang für alle an der Datenübermittlung Beteiligten ermöglicht werden.

#### Folgende Resultate sollen für die Überwachungsbereiche Lebensmittel, Futtermittel und Veterinärwesen erzielt werden:

- Harmonisierung und Standardisierung der verwendeten Datenstrukturen sowie Modernisierung und Flexibilisierung der Datenübermittlungsverfahren zwischen Bund und Ländern
- Optimierte Datenübermittlung zur Reduzierung des Arbeitsaufwandes und Vermeidung von Doppelparbeit in den Behörden
- Schaffung von Schnittstellen für den Datenaustausch mit Dritten (Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger)
- Verbesserung der Risikofrüherkennung sowie des Risikomanagements

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Erstellung des Datenmeldeportals für die flexible und sichere Übermittlung von Daten
- Der Entwurf für eine neue Allgemeine Verwaltungsvorschrift (AVV) zur Datenüber-

mittlung wurde erarbeitet, mit den Ländern abgestimmt und in das Rechtssetzungsverfahren eingespeist.

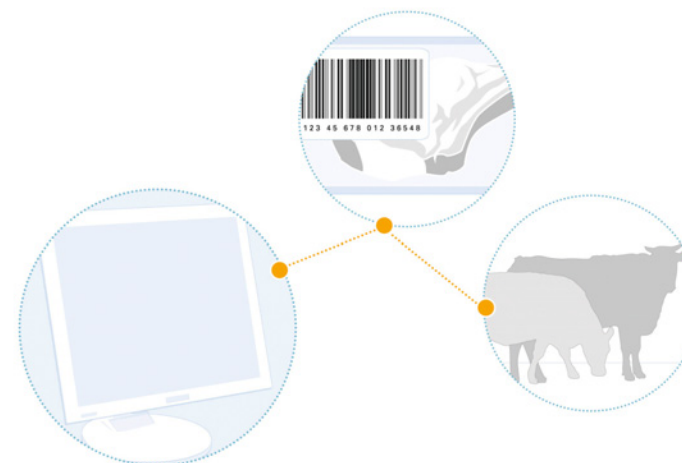
- Wesentliche Fortschritte bei der Erarbeitung der Kodierkataloge

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Nach dem Probetrieb Übergang des Datenmeldeportals in den Produktivbetrieb
- Erstellen eines Programms zur Verwaltung und internetbasierten Aktualisierung der Kodierkataloge
- Fertigstellung der Kodierkataloge sowie Abstimmung mit den Ländern und der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Aufnahme des Produktivbetriebs mit dem neuen System zur Datenübermittlung
- Erweiterung der Nutzung des Datenmeldeportals auf die Futtermittelüberwachung und das Zoonosen-Monitoring
- Verabschiedung und Inkrafttreten der neuen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Datenübermittlung



### 1.3.9 Digitales Bildarchiv des Bundesarchivs

Federführung: Bundesarchiv (BArch)

#### PROJEKTbeschreibung:

Das „Digitale Bildarchiv“ ging am 11. September 2007 online. Das Bundesarchiv verwahrt neben etwa 300 Kilometer Schriftgut auch gut elf Millionen Fotos, Luftbilder und Plakate. Seit 2005 erfolgt die Bereitstellung von Bildern in digitaler Form über eine interne Bilddatenbank. Seit September 2007 wird eine repräsentative Auswahl von Bildern über eine zweisprachige Onlinebilddatenbank (deutsch/englisch) mit Anbindung einer Zahlungsverkehrsplattform (Webshop) im Internet als „Digitales Bildarchiv“ bereitgestellt. Die Suche nach online verfügbaren Bildern erfolgt über mehrere Recherchemöglichkeiten (einfache und erweiterte Suche, Themensuche, Filter). Die Erschließungstexte (Metaangaben) werden nach dem Standard des International Press Telecommunications Council (IPTC-NAA) automatisch zum Bild hinzugefügt. Durch die Bilddatenbank erhalten nationale und internationale Nutzer aus Presse, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung zukünftig schnelleren Zugang zu den gewünschten Bildern. Auch profitieren über den beschleunigten Zugang neue Nutzerkreise vom Bildmaterial des Bundesarchivs, wie z. B. die Tagespresse und historisch interessierte Bürgerinnen und Bürger. Zudem wird das Personal des Bundesarchivs von wiederkehrenden Routinearbeiten (Erstellung von Kostenbescheiden) entlastet und kann sich der verbesserten Erschließung vorhandener Bildbestände widmen.

Im November 2008 wurden zudem knapp 60.000 Bilder des Bundespresseamtes über das „Digitale Bildarchiv“ online verfügbar gemacht und weitere Ergänzungen an den Funktionalitäten des „Digitalen Bildarchivs“ eingeführt (u. a. zusätzliche Zahlungsart „Lastschrift“, interne Verlinkungen, verkleinertes Wasserzeichen).

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

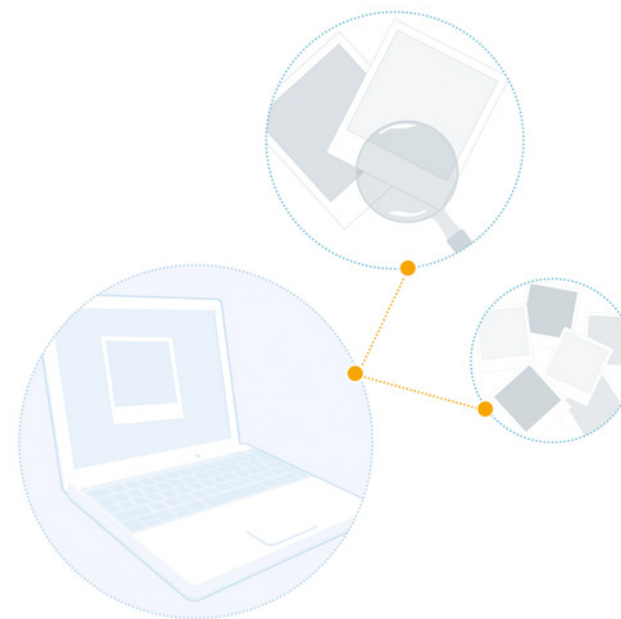
- Bereitstellung der digitalen Bilder des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA) im „Digitalen Bildarchiv“
- Bereitstellung von Bildern des BArch für Wikipedia – Verlinkung von Bildtexten mit den Bildern des Bildarchivs auf Wikipedia-Artikel

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Vollständige Onlinebereitstellung der digitalisierten Plakate

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Digitalisierung und Onlinestellung von jährlich gut 15.000 Bildern (Benutzer- und Eigenaufträge)
- Zusammenarbeit mit anderen Bildarchiven der öffentlichen Hand (ggf. Hosting und Vertrieb auf der Plattform des Bundesarchivs)



### 1.3.10 Meldewesen

Federführung: Bundesministerium des Innern (BMI)

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

Ziel des Deutschland-Online Vorhabens Meldewesen ist es, im Rahmen der Neuordnung des Meldewesens und der Registerstrukturen das Meldeverfahren zu vereinfachen, die Meldedaten zu konsolidieren, die Aktualität der Meldedaten zu erhöhen, die Nutzung für öffentliche und private Stellen zu erleichtern. Das Vorhaben wird im Rahmen des Programmmanagements durch die Geschäftsstelle Deutschland-Online unterstützt.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Entwicklung von technischen Realisierungsvarianten
- Erarbeitung eines Entwurfs für ein Bundesmeldegesetz

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Weiterentwicklung des Konzepts

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Umsetzung der neuen Strukturen in Bund und Ländern

### 1.3.11 Personenstandswesen

Federführung: Freistaat Bayern, Staatsministerium des Innern

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

Unter der Federführung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern wird gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern, dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, der Stadt Dortmund, dem Dortmunder Systemhaus (dosys.) und der Landesinitiative d-NRW das Vorhaben mit dem Ziel durchgeführt, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass entsprechend dem neuen Personenstandsgesetz ab dem 1. Januar 2014 alle Standesämter in Deutschland ihre Register elektronisch führen und die Daten untereinander austauschen können.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Vorbereitung der Entscheidung, ob das Pilotprojekt einer zentralen elektronischen Personenstandsregisterführung durchgeführt wird
- Verabschiedung des Informationsmodells XPersonenstand sowie Ausarbeitung und Verabschiedung des Nachrichtenmoduls zum Austausch der Standesämter untereinander im Rahmen von XPersonenstand
- Verabschiedung und Inkrafttreten der Personenstandsverordnung (auf eine technische Personenstandsverordnung wurde verzichtet, technische Belange wurden in die allgemeine Verordnung integriert)

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Entscheidung zum geeigneten Modell der Registerstrukturen in Bayern inkl. Ausschreibung hierzu
- Erarbeitung eines Musterlastenheftes für zentrale Registerstrukturen mit mehreren interessierten Ländern
- Verabschiedung des Nachrichtenmoduls Standesämter zu Meldebehörden durch die Innenministerkonferenz (IMK) als Entscheidungsinstanz im Rahmen von XPersonenstand
- Ausarbeitung und Verabschiedung weiterer Nachrichtenmodule
- Ausarbeitung und Verabschiedung der Dienstanweisung für Standesbeamte als Verwaltungsvorschrift

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Vorhabensträger Bayern: In Abhängigkeit von den politischen Entscheidungen zum Ergebnis der Machbarkeitsstudie wird eine Pilotlösung für ein zentrales Personenstandsregister konzipiert und realisiert.
- Vollständige Entwicklung des XML-basierten Datenaustauschformats bis zum April 2010 sowie anschließende Produktivsetzung durch die Hersteller und alle Nutzer.
- Die untergesetzlichen Regelungen zum neuen Personenstandsgesetz sind ausgearbeitet und in Kraft gesetzt.

### 1.3.12 Kfz-Wesen

Federführung: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Kraftfahrt-Bundesamt (KBA)  
DOL Kfz-Wesen: Freie und Hansestadt Hamburg in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern

#### PROJEKTDESCHEIBUNG:

Als wesentliche Grundlage für die Fahrzeugregistrierung dient das Zentrale Fahrzeugregister (ZFZR), das vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) geführt wird. Es soll um die Daten, die bislang ausschließlich in den örtlichen Fahrzeugregistern gespeichert werden, erweitert werden. So wird die Möglichkeit geschaffen, auf die redundante Speicherung dieser Daten in den örtlichen Fahrzeugregistern zu verzichten. Zudem sollen die Zulassungsbehörden die Daten zukünftig im Dialog direkt in das ZFZR einstellen. Über die Onlineabwicklung soll eine bessere Aktualität und Qualität der Daten sowie eine Beschleunigung der Prozesse erreicht und die Kostenstruktur in der Verwaltung verbessert werden. Es soll zudem der Nachweis der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung elektronisch geführt werden.

Gleichzeitig zielt das unter Federführung des Landes Hamburg stehende Deutschland-Online Vorhaben „Kfz-Wesen“ auf die Neuausrichtung der Registrierungsprozesse von Fahrzeugen unter Nutzung des zentralen Fahrzeugregisters beim KBA. Damit soll Individualkunden und Unternehmen die Möglichkeit gegeben werden, die Kfz-Registrierungsprozesse (An-, Um- und Abmeldung) möglichst durchgängig online ausführen zu können. Neben dem positiv wahrnehmbaren Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger soll parallel dazu die interne Verwaltungseffizienz und Kostenstruktur maßgeblich verbessert werden. Die Bundesregierung unterstützt das Deutschland-Online Vorhaben durch Leistungen im Bereich der Gesamtprogrammsteuerung.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

##### Zentrales Fahrzeugregister:

- Seit 1. März 2008 erfolgt durch die Versicherungswirtschaft die Bereitstellung der elektronischen Versicherungsbestätigung zum Abruf für die Zulassungsbehörden über das KBA. Dieses Verfahren wird inzwischen von 93% der Zulassungsbehörden genutzt.

- Seit 1. September 2008 übermittelt die Versicherungswirtschaft ihre Nachrichten (Versicherungsbestätigung bei Versicherungswechsel, Anzeige über Beendigung des Versicherungsverhältnisses) an die Zulassungsbehörden elektronisch über eine Gemeinschaftseinrichtung der Versicherer und das KBA. 72% der Zulassungsbehörden nehmen bereits an diesem elektronischen Übermittlungsverfahren teil.

#### Deutschland-Online Vorhaben Kfz-Wesen:

- April 2008: Zwischenbericht zu Gestaltungsoptionen einer Kfz-Online-Zulassung (Lösungsszenarien und Handlungsempfehlungen) vorgelegt
- Dezember 2008: Umsetzungsplanung zur stufenweisen Realisierung einer Kfz-Online-Zulassung
- Intensive fachliche Abstimmung auf allen Verwaltungsebenen zur Bestimmung der ersten Stufe zur Umsetzung der Onlinezulassung

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

##### Zentrales Fahrzeugregister:

- Ab 1. Februar 2009 erfolgt die Betriebsaufnahme des neuen Zentralen Fahrzeugregisters und beginnt die Direkteinstellung von Daten durch die Zulassungsbehörden in das ZFZR (KBA).
- Ab 1. Februar 2009 erfolgt die Datenübermittlung zwischen Versicherungswirtschaft und Zulassungsbehörden ausschließlich elektronisch.

#### Deutschland-Online Vorhaben Kfz-Wesen:

- Erstellen des Fachkonzeptes zur Umsetzung von Stufe 1 der Kfz-Online-Zulassung
- Ab Oktober 2009: Start der Pilotierung „Kfz-Online“ in Verbindung mit dem Anwendungstest des elektronischen Personalausweises

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

##### Deutschland-Online Vorhaben Kfz-Wesen:

- Pilotbetrieb der ersten Stufe des Onlinesystems zur Kfz-Zulassung in Verbindung mit dem Anwendungstest des elektronischen Personalausweises

### 1.3.13 Internetverbund der Verwaltungsportale

Federführung: Bundesverwaltungsamt (BVA)

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

Die Unterstützung der Verwaltungsportalvernetzung von Bundesverwaltung, Ländern, Kommunen und mittelbarer Verwaltung durch den Bund im Internet wird mit dem Ziel verfolgt, einen einfachen Zugang zu allen Verwaltungsleistungen zu ermöglichen und die Bekanntheit und Nutzung der Onlinedienstleistungen zu fördern. Dabei soll das Portal des Bundes unter der etablierten Marke „bund.de – Verwaltung Online“ ein zentrales Element des Verbundes der E-Government-Portale in Deutschland bilden. Behörden und Internetnutzer werden an der Pflege der Inhalte und Funktionen von bund.de unter Anwendung moderner Web 2.0-Technologien und im Sinne des „social computing“<sup>3</sup> beteiligt.

Zuständigkeiten sollen unabhängig von der Verwaltungsebene transparent dargestellt und alle E-Government-Angebote sowie die Verwaltungsleistungen einfach über bund.de gefunden und bekannt gemacht werden.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Weiterentwicklung auf Basis des Government Site Builder (GSB) 4.0 und Migration von bund.de auf GSB-Mandantenplattform 4.0
- Inhaltliche Weiterentwicklung mit Konzentration auf bund.de – Schlüsselinhalt und Ausbau der Suchmaschine für die mittelbare und unmittelbare Bundesverwaltung
- Durchführung der „Beta“-Phase für beta.bund.de und Ablösung www.bund.de durch beta.bund.de

<sup>3</sup> Mit Hilfe von „social computing“, wie z. B. Community-Systemen oder Blogs, soll eine Interaktions- und Kooperationsumgebung geschaffen werden, in der Benutzer und ihre Handlungen zum Nutzen der Gemeinschaft implizit und explizit erfahrbar werden.

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Anbindung des DOL-Zuständigkeitsfinders (Behördenfinder) – geplanter offizieller Start des Behördenfinder 2009
- Anbindung weiterer Content-Lieferanten und Optimierungen der Content-Quantität und -Qualität
- Weitere Optimierungen der Suchmaschine (inhaltlich und technisch)

#### AUSBLICK 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Verbundlösung der Dienstleistungs- und Behördensuche der Verwaltungsportale von Bund, Ländern und Kommunen
- Umsetzung der Neuausrichtung des Portals bund.de durch sukzessiven Einsatz weiterer Web 2.0-Technologien

### 1.3.14 Nutzungsfreundlichkeit und Barrierefreiheit

Federführung: Bundesverwaltungsamt (BVA) und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

Mit dem Ziel, die Nutzungsfreundlichkeit der E-Government-Angebote des Bundes zu erhöhen, den Leistungsumfang zu verbessern und die Barrierefreiheit der Online-Angebote nachzuweisen, werden durch das BVA einheitliche Qualitätskriterien (intern/extern) fortentwickelt und zur Anwendung gebracht. Durch das BMAS wird eine zentrale Strategie für den Bereich Teilhabeleistungen und Belange behinderter Menschen erstellt. Hier werden beispielsweise vorhandene und relevante E-Government-Angebote für behinderte Menschen auf einer Internetplattform im Sinne eines „One-Stop-Shops“ zusammengeführt. Auf Basis dieses zentralen Zugangs sollen künftig weitere barrierefreie E-Government-Angebote entwickelt werden.

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:****Qualitätskriterien Barrierefreiheit:**

- Erstellung eines Feinkonzepts zur Umsetzung einer Tool-Box mit Qualitätskriterien für E-Government-Angebote zur Anwendung durch Ressorts und Behörden (Methodenbaukasten und Tools zur Selbstanalyse)
- Abstimmung des Feinkonzepts mit Experten und Verbänden
- Vertiefung der Zusammenarbeit mit Vertretern von Verbänden

**One-Stop-Shop:**

- Fertigstellung der E-Government-Strategie für den Bereich Teilhabeleistungen und Belange behinderter Menschen
- Beginn der Arbeiten an der ersten Ausbaustufe des E-Government-„One-Stop-Shops“ des Bundes für behinderte Menschen
- Anschub eines Forschungsvorhabens zur Untersuchung von Prozessketten im Verwaltungsverfahren der Rehabilitationsträger

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:****Qualitätskriterien Barrierefreiheit:**

- Bereitstellung und Erprobung der Tool-Box
- Beratung der Behörden bei der Anwendung der Tool-Box
- Förderung der Bekanntheit und des Einsatzes der Tool-Box

**One-Stop-Shop:**

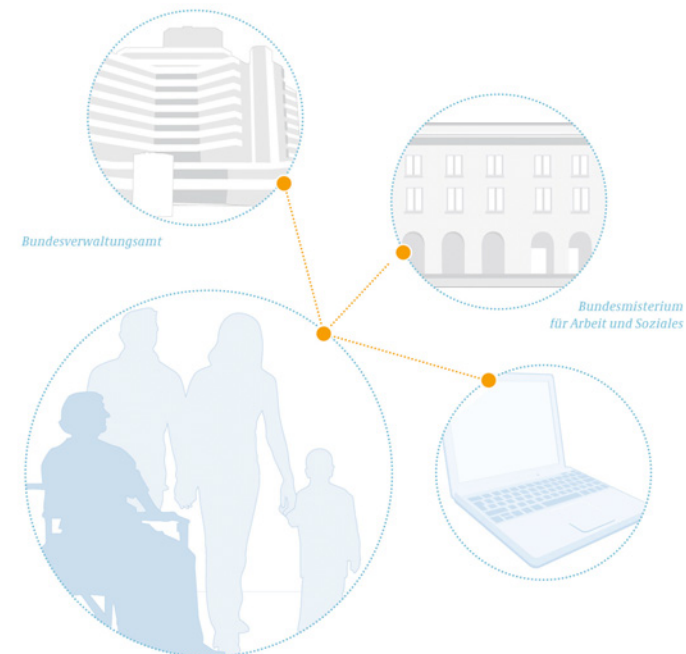
- Fertigstellen der ersten Ausbaustufe des E-Government-„One-Stop-Shops“ des Bundes für behinderte Menschen
- Beginn der Arbeiten an der zweiten Ausbaustufe des E-Government-„One-Stop-Shops“ des Bundes für behinderte Menschen
- Beginn der Umsetzung weiterer Projekte aus dem Umsetzungsplan der Strategie für den Bereich Teilhabeleistungen und Belange behinderter Menschen

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):****Qualitätskriterien Barrierefreiheit:**

- Weiterentwicklung im Dialog mit den Kunden/Nutzern
- Anpassung an geänderte rechtliche Grundlagen
- Transport der Lösung in Länder und Kommunen

**One-Stop-Shop:**

- Umsetzung der in der Strategie vorgeschlagenen Projekte und Maßnahmen
- Ausbau des E-Government-„One-Stop-Shops“ des Bundes für behinderte Menschen um weitere Angebote



### 1.3.15 Elektronische Beihilfebearbeitung in der Verwaltung (eBIV)

Federführung: Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV)

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

In dem vom Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) gemeinsam mit dem Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik (ZIVIT) initiierten Projekt eBiV wird ein zukunftsfähiges elektronisches Beihilfebearbeitungssystem auf der Grundlage des Beihilfefestsetzungsverfahrens ABBA betriebsfähig realisiert, das in moderne Vorgangsbearbeitungssysteme (VBS) integrierbar ist und auch von anderen Behörden eingesetzt werden kann. Die Entwicklung der vollelektronischen Beihilfeakte verbunden mit der durchgehend digitalen, medienbruchfreien und Workflow gesteuerten Bearbeitung vom Posteingang (inkl. Scannen) über automatische Belegprüfung (einschließlich der Möglichkeit einer Dunkelverarbeitung) bis zur Archivierung ist vorgesehen.

Ziele sind die Verbesserung der Service- und Bearbeitungsqualität, die Reduzierung der direkten Beihilfeausgaben und die breite Verwendung des neuen Systems in den Beihilfestellen. Das Projekt wird als „Efa-Vorhaben“ (Einer-für-Alle) realisiert. Projektpartner sind neben dem BADV und dem ZIVIT das Bundesverwaltungsamt (BVA) und die Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (KVB). Das mögliche Einsatzspektrum umfasst sämtliche Beihilfestellen des Bundes und darüber hinaus auch die der Länder und Kommunen. Insofern zielt das Projekt auf einen integrativen, Standard setzenden bzw. standardgemäßen Ausbau der Informationstechnik ab.

Der modulare Aufbau des Gesamtsystems ermöglicht es einzelnen Behörden, nur einzelne Komponenten in Anspruch zu nehmen und in anderen Bereichen ggf. auf eigene Systeme zurückzugreifen.

Die Einführung der elektronischen Beihilfebearbeitung stellt auch mit Blick auf die elektronische Gesundheitskarte eine zukunftssichere Lösung dar. In einem weiteren Schritt soll auch die Antragstellung elektronisch erfolgen können.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Erweiterung der Sollprozesse für eBIV (BFV, BVA) um die Belange der KVB
- Abschluss der Ausschreibung für eine Belegerkennungssoftware

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Einsatzbereitschaft der Belegerkennungssoftware ist bis Februar 2009 erzielt
- Digitalisierung des papierbasierten Posteingangs bis Juni 2009
- Einbindung der GOÄ-, GOZ- und DRG-Prüfsoftware bis August 2009
- Beginn der Pilotierung ab November 2009
- Implementierung einer XDOMEA-konformen Schnittstelle zum Vorgangsbearbeitungssystem bis Dezember 2009

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Erreichen der Produktionsreife für eBIV ab Juli 2010

### 1.3.16 Energiedaten-Portal der Bundesnetzagentur

Federführung: Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA)

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

Für Datenübermittlung der Elektrizitäts- und Gasnetzbetreiber sowie Stromlieferanten hat die Bundesnetzagentur auf ihrer Website das „Energiedaten-Portal“ installiert. Über ein sicheres Log-in gelangen die Unternehmen in einen geschützten, individuellen Bereich, in dem sie ihre Berichtsdaten eingeben sowie Nachrichten an die BNetzA übermitteln können. Nur auf diese Art und Weise sind umfassende Datenerhebungen zeitnah zu realisieren.

Die Bundesnetzagentur nutzt verschiedene Konzepte des Datentransfers. Sie reichen von der Übermittlung verschlüsselter Excel-Dateien bis hin zur Bereitstellung von Web-Formularen, in die entsprechende Daten online eingegeben werden können. Mittels Web-Formularen werden z. B. die Last-, Struktur- und Absatzdaten sowie zusätzliche Kostendaten von den Elektrizitäts- und Gasnetzbetreibern zur Ermittlung der Effizienzwerte für die Anreizregulierung erhoben.

**Das Energiedaten-Portal bietet den Unternehmen darüber hinaus folgende Funktionalitäten:**

- Gezielte Kontaktaufnahme zur Bundesnetzagentur
- Anzeige von Status und Historie der Datenübermittlung
- Download von sensiblen Informationen, die nur für die Unternehmen bestimmt sind (sogenanntes Postbox-Verfahren)

Das Energiedaten-Portal wird sukzessive für weitere Marktteilnehmer geöffnet werden.

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

- Datenerhebung zur Anreizregulierung
- Öffnung des Energiedaten-Portals zum sicheren Datenaustausch mit den Landesregulierungsbehörden

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Optimierung der internen Prozessabläufe zur effizienten Abwicklung der Datenerhebungen

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Öffnung des Energiedaten-Portals für weitere Datenerhebungen und Marktakteure
- Umstellung weiterer Datenabfragen auf die Webformulartechnologie (z. B. Erhebung von Daten zu Versorgungsunterbrechungen im Gasnetz)

### 1.3.17 Deutsche Digitale Bibliothek (DDB)

**Federführung:** Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

**PROJEKTBE SCHREIBUNG:**

Die vielfältigen Informationssysteme (Datenbanken, Server und Portale) der Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland sollen über ein zentrales nationales Zugangportal miteinander verbunden werden. Die damit in Form eines Netzwerks entstehende Deutsche Digitale Bibliothek (DDB) soll in die Europäische Digitale Bibliothek (EDB) – in Form eines Netzwerks der Portale der EU-Mitgliedstaaten – integriert werden. Auf diese Weise sollen Kultur und Wissen in Deutschland und Europa weitgehend über das Internet zugänglich werden.

**Mit dem Projekt sollen folgende Ziele umgesetzt werden:**

- Vernetzung der Datenbanken von über 30.000 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen (z. B. Bibliotheken, Archive, Museen, Mediatheken, Einrichtungen der Denkmalpflege, Forschungsinstitute) in Deutschland mit digitalen Kopien aller Arten von Materialien (Schriftgut, Bildbestände, Museumsobjekte, Denkmale, audiovisuelle Medien usw.)
- Schaffung der Grundlagen für eine öffentliche Kulturplattform und eine wissenschaftliche Expertenplattform sowie
- Unterstützung der Bereiche Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft und der Außenrepräsentation Deutschlands

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

- Erstellung einer Machbarkeitsstudie
- Auf Basis der Machbarkeitsstudie wurde ein Förderantrag bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vorbereitet
- Eine Nutzerbedarfsanalyse zur DDB wurde in Auftrag gegeben

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Erarbeitung eines umfassenden Fachkonzepts zur Errichtung der DDB sowie von Pflichtenheften zum Portal und für die (Fort-)Entwicklung von technischen Werkzeugen zur Datenerstellung/-haltung sowie für das Wissensmanagement
- Entwicklung des Portals der DDB und der o. a. technischen Werkzeuge (vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Fördermittel durch die DFG)

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Bis Ende September 2010: Realisierung des Portals der DDB und der erforderlichen technischen Werkzeuge
- Ab Oktober 2010: Aufnahme des Betriebs der DDB sowie der sukzessiven Massendigitalisierung von Kulturgut und wissenschaftlichen Informationen

### 1.3.18 Elektronische Begleitinformationen zu Maßnahmen der Städtebauförderung

**Federführung:** Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

#### PROJEKTbeschreibung:

Die Kommunen, die Maßnahmen der Städtebauförderung durchführen, sind aufgefordert, zu jeder Maßnahme sogenannte Begleitinformationen über die Länder an den Bund zu liefern. Die Begleitinformationen beinhalten u. a. Angaben zu Kosten, Lage und Fläche des Fördergebietes, rechtliche Festlegungen, Maßnahmeschwerpunkte im laufenden Jahr. Die Informationen werden in einem jährlichen Turnus aktualisiert.

Genutzt werden die Begleitinformationen zum einen für Prüfzwecke im BMVBS, zum anderen werden die Daten der Begleitinformationen auszugsweise für die Erstellung der Bundesprogramme genutzt. Bisher läuft die Informationsübermittlung auf Papier. Eine systematische Auswertung der Informationen ist daher nicht möglich.

Zukünftig sollen die Informationen auf elektronischem Wege erfasst und übermittelt werden, um damit den Verfahrensablauf effektiver zu gestalten und die Angaben besser im Rahmen eines Berichtswesens nutzen zu können.

- Rund 3.800 laufende und ruhende Maßnahmen, zu denen einmal jährlich die Begleitinformationen abgefragt werden
- Fördervolumen rund 500 bis 570 Millionen Euro pro Jahr

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Fertigstellung technisches Konzept und Sicherheitskonzept
- Inhaltliche und technische Abstimmung mit den Ländern
- Beginn der Entwicklung des Formularmanagementsystems für die Begleitinformationen

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Abschluss der Entwicklung des Systems
- Implementierung des Systems mit Ländern und Kommunen
- Verknüpfung des Systems mit der neuen Datenbank „Städtebauförderung“

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Ab 2010 Übermittlung der Begleitinformationen an den Bund ausschließlich auf elektronischem Wege
- Optimierte Nutzung für städtebauliche Auswertungen

### 2.1 Ziele des Handlungsfelds

Die Bundesverwaltung wird bis Ende 2010 mindestens zehn Prozessketten gemeinsam mit der Wirtschaft optimieren. Basierend auf einer stärkeren Bedarfsorientierung wird in diesem Handlungsfeld die Zusammenarbeit der Bundesverwaltung mit der Wirtschaft und den Verbänden gestärkt. Neue Formen der Zusammenarbeit werden initiiert.

Mit den Projekten werden Leuchttürme realisiert, bei denen organisationsübergreifende Abläufe und IT-Verfahren besser aufeinander abgestimmt bzw. bis zur vollständigen Integration der Systeme ausgebaut werden. Die Ergebnisse und Erfahrungen werden für weitere Prozessketten zur Nachnutzung bereitgestellt.

Die Erhöhung der Transaktionstiefe in Richtung Wirtschaft ist dabei ein wichtiges Ziel. Diese Schnittstelle birgt ein hohes Potenzial angesichts der Vielzahl und Regelmäßigkeit der Transaktionen zwischen Verwaltung und Wirtschaft. Suboptimale Verfahren entlang der Wertschöpfungsketten aufgrund von Redundanzen in Abwicklung und Datenhaltung versprechen deutliche Einsparmöglichkeiten auf beiden Seiten.

#### Folgende operative Ziele sollen erreicht werden:

- Die Bearbeitung der Verwaltungsverfahren soll bis 2010 deutlich und messbar beschleunigt werden (15 bis 30 Prozent).
- In den bis 2009 realisierten Prozessketten sind die Bearbeitungszeiten oder die Kosten für die Wirtschaft nachweislich um 15 Prozent reduziert. Gleichzeitig sind entsprechende Einsparungen auf Seiten der Verwaltung möglich.
- Im Jahr 2010 werden in den Prozessketten 80 Prozent der Verwaltungsvorgänge vollkommen medienbruchfrei und elektronisch abgewickelt.
- Ab 2012 sollen Transaktionen zwischen Wirtschaft und Verwaltung in aller Regel nur noch elektronisch abgewickelt werden und damit eine entsprechende Ankündigung gegenüber der Wirtschaft auf dem Ersten Nationalen IT-Gipfel erfüllt werden.
- Die Prozessketten sind bis Ende 2010 gemäß ISO 27.001 auf der Basis von IT-Grundschutz zertifiziert.

### 2.2 Wesentliche Ergebnisse des Handlungsfelds im Jahr 2008

Im Jahr 2008 wurden alle wesentlichen Meilensteine in den acht Projekten des Handlungsfelds Prozessketten erreicht. Hervorzuheben ist, dass seit Juni 2008 im Projekt „Elektronisches Schadstofffreisetzung- und verbringungsregister“ (kurz ePRTR) das elektronische Erfassungs- und Berichtssystem für die meldepflichtigen Unternehmen online<sup>4</sup> gestellt wurde. Im Oktober 2008 konnte das neue Portal für die elektronische Abfallmeldung im Projekt „Elektronisches Abfallnachweisverfahren“ (kurz eANV) von den Ländern in den Testbetrieb übernommen werden. Die Pilotierung des Portals mit ausgewählten Unternehmen startet im ersten Quartal 2009 und soll sukzessive ausgedehnt werden.

In den Leuchtturmprojekten des Handlungsfelds Prozessketten wurde die bewährte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Verbänden und Verwaltung 2008 fortgeführt. Die Einbindung der Wirtschaft erfolgte im vergangenen Jahr verstärkt durch die Beteiligung der Unternehmen und Verbände im Rahmen der Konzeption oder Pilotierung der neuen E-Government-Dienstleistungen. Darüber hinaus wurden Informationsveranstaltungen für die Verbände und Unternehmen organisiert, die von künftigen E-Government-Dienstleistungen betroffen sind, z. B. im Projekt „Elektronisches Abfallnachweisverfahren“ oder im Projekt „Vollzug der Tierarzneimittelzulassung und Überwachung“. Zusätzlich konnte die Präsentation der Prozessketten auf der CeBIT 2008 zum Austausch zwischen Wirtschaft, Verbänden und Behörden sowie der Wissenschaft genutzt werden.

Auch 2008 wurden besonders innovative Einzelvorhaben aus den zur Verfügung stehenden Forschungs- und Entwicklungsmitteln im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung gefördert. Hierzu zählten unter anderem die Einleitung der Zertifizierung nach IT-Grundschutz, die Weiterentwicklung des Einsatzes elektronischer Signaturen sowie Maßnahmen zur fortlaufenden Information und Einbindung der Unternehmen.

<sup>4</sup> <http://www.bube.bund.de>

Darüber hinaus wurden drei wissenschaftliche Begleitstudien im Bereich Prozessketten beauftragt. Im Zuge dieser Studien sollen übergreifende Ansätze für Prozessketten zwischen Wirtschaft und Verwaltung in den Themenfeldern Umwelt, Finanzdienstleistungen sowie Informations- und Meldepflichten für Arbeitgeber methodenbasiert entwickelt werden. Hieran beteiligen sich unter Federführung wissenschaftlicher Einrichtungen auch führende Wirtschaftsunternehmen. Die Konsortien sollen eine Systematik entwickeln, wie Datenflüsse zwischen Behörden und Unternehmen entlang der Prozessketten der Wirtschaft künftig effizient und redundanzfrei abgewickelt werden können. Wichtige Anforderungen sind, dass zum einen praxistaugliche Lösungsvorschläge entwickelt, zugleich aber Datenschutz- und Datensicherheitsaspekte beachtet werden. Ergebnisse werden im ersten Quartal 2009 vorgelegt.

Zur quantitativen und qualitativen Messung der Erfolge für E-Government-Projekte wurde im Rahmen des Programmmanagements eine abgestimmte Methodik entwickelt und zur Verfügung gestellt. Aus den Erfahrungen der 2008 begonnenen exemplarischen Pilotierung einer Zertifizierung nach IT-Grundschutz soll 2009 ein weiterer Leitfaden entstehen und künftig die Vorbereitung und Durchführung des Zertifizierungsprozesses für E-Government-Projekte erleichtern.

## 2.3 Projekte im Handlungsfeld

### 2.3.1 eSolution – Rentenversicherung

Federführung: Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV-Bund)

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

Im Zuge des Projekts wird eine zentrale Transaktionsplattform für die Abwicklung von Informations- und Meldepflichten für Unternehmen (Arbeitgeber) und Behörden bereitgestellt. Wirtschaft und Verwaltung können hierüber die gesamte Kommunikation und Vorgänge mit der Rentenversicherung medienbruchfrei und elektronisch abwickeln. Es werden entsprechend erforderliche technische Lösungsansätze wie Schnittstellenstandards, Webservices und das OSCI-Protokoll implementiert. Hierzu wurden ganz konkrete Dienste und Verfahren mit einem Pilotteilnehmer, einer Betriebskrankenkasse (Siemens Betriebskrankenkasse), abgestimmt. Sämtliche Anfragen, die über das Portal

eingehen, sollen künftig über das Unternehmensportal automatisiert beantwortet werden. Im Idealfall ist es dann nicht mehr erforderlich, dass die Sachbearbeitung eingeschaltet werden muss. Soweit eine automatisierte Bearbeitung im Portal nicht möglich ist, wird der elektronisch angelegte Vorgang unmittelbar an die zuständige Sachbearbeitung medienbruchfrei weitergeleitet. Bei Änderungen der Rechtslage sowie Änderungen an den erläuternden Hinweisen für die Zielgruppen werden diese einmalig im elektronischen Verfahren zentral implementiert. So entfällt u. a. der Austausch von Vordrucken, die nicht mehr rechtsgültig sind.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Erfolgreiche Testung/Erprobung des Unternehmensportals mit der Funktionalität von zwei fachlichen Diensten sowie der Benutzerverwaltung (inkl. Authentifizierung und Autorisierung)
- Weiterführende Abstimmungen mit den Kundenvertretern hinsichtlich des Funktionsumfangs des Portals

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Einsatz des Pilotverfahrens „Unternehmensportal“ der Deutschen Rentenversicherung

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Auf Basis der pilotierten Dienste wird der Teilnehmerkreis am elektronischen Verfahren ausgeweitet.
- Ausbau des Unternehmensportals der DRV um die Anmeldeoption mit einer Signaturkarte

### 2.3.2 Zulassungsverfahren für die chemische Industrie

Federführung: Elektronisches Biozid-Verfahren:

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA)

eAntrag Pflanzenschutzmittel:

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)

#### PROJEKTBEschREIBUNG:

Seit 2007 können Anträge auf die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln unter <https://portal.bvl.bund.de> online eingereicht werden. Weitere Zulassungsverfahren im Bereich der chemischen Industrie werden derzeit auf elektronische, medienbruchfreie Verfahren umgestellt. Initiale Projekte zur Umsetzung der Prozesskette sind das elektronische Biozid-Verfahren sowie der elektronische Antrag auf die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln (eAntrag Pflanzenschutzmittel). In den beiden genannten Verfahren sind die Antrag stellenden Unternehmen teilweise identisch. Auf Seiten der Verwaltung gibt es jeweils eine zuständige Managementbehörde (BAuA bzw. BVL), die das Verfahren mit fünf bzw. vier nachgelagerten, teilweise identischen Bewertungsbehörden koordiniert. Beispielsweise sind die Akteure im Biozid-Verfahren Hersteller, externe Bewertungsbehörden (UBA, BfR, RKI, BAM, JKI), Landesbehörden, Behörden der EU-Kommission und Zulassungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten. Die Antragsteller werden in die Lage versetzt, die Anträge elektronisch und ggf. digital signiert einzureichen. Auf Verwaltungsseite werden die Anträge mittels elektronischer Vorgangsbearbeitungssysteme (VBS) bearbeitet.

Ziel beider Vorhaben ist die durchgängig elektronische Abwicklung der Verfahren über die gesamte Prozesskette, um die Produktzulassung innerhalb der vorgegebenen Fristen bearbeiten zu können, und die Führung einer elektronischen Akte. Zugleich können prozessübergreifend gemeinsame Standards entwickelt und genutzt werden.

#### Folgende Resultate sollen erzielt werden:

- Die Antrag stellenden Unternehmen werden zeitnah – via Extranet – über den Stand des Verfahrens informiert, damit beispielsweise die optimale Vermarktungsstrategie der Produkte geplant werden kann (eAntrag PSM).
- Die zuständigen Behörden der Bundesländer sollen die Überwachung mit den elektronischen Informationen effizienter durchführen (Biozid-Verfahren).

- Die vorgegebenen Fristen für Zulassungsverfahren werden durchgehend eingehalten.
- Kosten und Verwaltungsaufwand sinken durch die elektronische Verarbeitung, Ablage und Verfügbarkeit von Zulassungsunterlagen.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

##### Elektronisches Biozid-Verfahren:

- Abstimmung einer XML-Schnittstelle für Vorgänge, Dokumente und Antragsdaten im Biozid-Verfahren (Anpassung an XDOMEA 2.0)
- Inbetriebnahme einer sicheren Kommunikationsplattform über sichere Verbindungen mit den Bundesbehörden

##### eAntrag Pflanzenschutzmittel:

- Die Einführung der Vorgangsbearbeitung sowie die Bereitstellung des Antragstellerportals wurden abgeschlossen.
- Eine fortgeschriebene Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (WiBe) wurde erstellt.
- Die Kommunikation und der Dokumentenaustausch mit den beteiligten Bewertungsbehörden über ein Portal wurden aufgenommen.
- Das Portal zur Kommunikation mit den externen Sachverständigen wurde in Betrieb genommen.

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

##### Elektronisches Biozid-Verfahren:

- Einrichtung eines Datenbankservers und Inbetriebnahme einer Stoffdatenbank (IUCLID 5) für die gemeinsame Bearbeitung von Biozid-Stoffdaten mit den Bundesbehörden
- Erweiterung des Funktionsumfangs der Kommunikationsplattform mit Einbindung des Vorgangsbearbeitungssystems (VBS) und einer Terminverwaltung
- Erarbeitung eines Konzeptes für das Webportal für Antragsteller

##### eAntrag Pflanzenschutzmittel:

- Die elektronische Antragstellung und Bearbeitung wird auf Genehmigungsanträge nach § 18 a Pflanzenschutzgesetz (Anwendungsgenehmigung) ausgeweitet. Dies geschieht im Rahmen eines eigenständigen Projektes eG18.

- Die elektronische Antragstellung und Bearbeitung wird auf Anträge zur Festsetzung von Rückstandshöchstgehalten ausgeweitet. Dies geschieht ebenfalls im Rahmen eines eigenständigen Projektes eRHG.
- Einleitung der Zertifizierung nach IT-Grundschutz gemäß ISO 27.001

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFEIT):

##### Elektronisches Biozid-Verfahren:

- Erprobung der Kommunikation mit einzelnen ausgewählten Antragstellern über ein Webportal, Prüfung der Verwendbarkeit der qualifizierten elektronischen Signatur und der Virtuellen Poststelle, Anbindung der Fachdatenbank für Biozid-Produkte an das VBS
- Vollständige elektronische Kommunikation mit den externen Partnern über das Webportal für das Zulassungsverfahren
- Ausweitung der elektronischen Kommunikation auf die übrigen acht Antragsarten im Biozid-Verfahren
- Realisierung der vollständigen elektronischen Kommunikation für alle neun Antragsarten im Biozid-Verfahren

##### eAntrag Pflanzenschutzmittel:

- Die elektronische Antragstellung und Bearbeitung wird bis Ende 2010 auf weitere Antragsverfahren (z. B. Anträge gemäß § 11 Pflanzenschutzgesetz) sowie das Listungsverfahren und die EG-Wirkstoffprüfung für Pflanzenschutzmittel ausgeweitet.
- Das Gesamtsystem wird nach 2010 um Funktionen eines Wissensmanagements erweitert.

### 2.3.3 Elektronische Verdachtsanzeige – eVA

Federführung: Bundeskriminalamt (BKA)

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

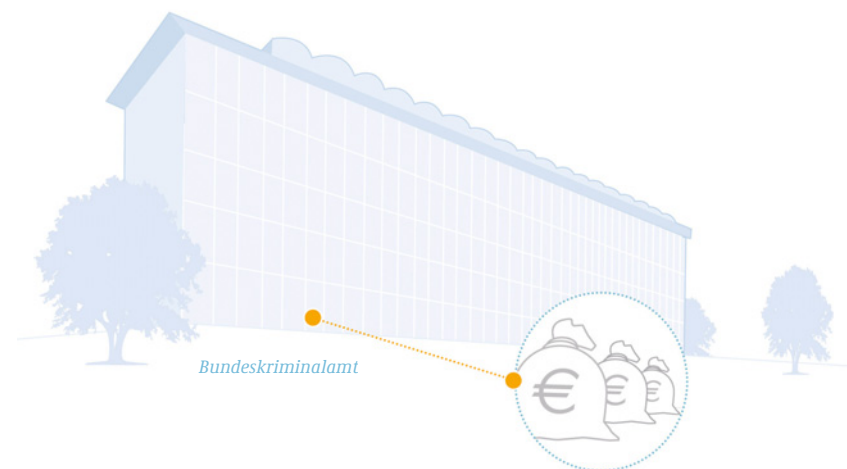
Die Meldung verdächtiger Transaktionen auf der Grundlage des Geldwäschegesetzes (GwG) wird auf ein elektronisches Verfahren umgestellt. Damit kommt das Bundeskriminalamt einer Forderung der Verpflichteten nach dem GwG nach, die derzeit beim Vorliegen des Verdachts der Geldwäsche oder der Finanzierung des Terrorismus eine in der Praxis papiergebundene Verdachtsanzeige abgeben müssen. Gemeinsam mit der

Wirtschaft soll ein Verfahren entwickelt werden, das sowohl die Belange kleiner und mittelständischer Unternehmen wie auch die Möglichkeiten von Großbanken und großen Finanzdienstleistern mit entsprechender IT-Ausstattung berücksichtigt und auf bestehenden IT-Systemen im Banken- und Finanzdienstleistungssektor aufbaut. Beim weiteren Ausbau der Prozesskette ist die Beteiligung weiterer Bundes- und Landesbehörden geplant.

#### Folgende Resultate sollen erzielt werden:

- Die Realisierung der elektronischen Verdachtsanzeige soll eine qualitativ bessere, schnellere und sichere Übermittlung der Verdachtsanzeigen an das BKA sowie die zentralen Fachdienststellen der Landeskriminalämter ermöglichen.
- Die elektronische Datenübermittlung entlastet die Behörden und optimiert die Verfügbarkeit der Daten sowie deren Auswertung.
- Weiterhin wird eine Reduzierung des Kommunikationsaufwands für die Meldepflichtigen und damit die Erhöhung des Meldeaufkommens durch medienbruchfreie, optimierte elektronische Verfahren angestrebt.

Zielgruppen und Beteiligte sind Finanzdienstleister und Banken, Hersteller entsprechender Auswertungssoftware für Finanzdienstleister und Banken, das Bundeskriminalamt, Landeskriminalämter sowie ggf. weitere Aufsichtsbehörden des Bundes.



**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

- Erfolgreiche Tests (Testumgebung, Testdaten) für den Weg von den Finanzdienstleistern/Banken über das BVA bis in das BKA
- Automatisierte Vorgangserzeugung und Datenübernahme im Vorgangsbearbeitungssystem des BKA (Testsystem)
- Beginn der Implementierung der Schnittstelle zu INPOL-Fall

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Umsetzung des Hostings der Verfahrensteile „Ein- und Ausgangsserver“ bei einem externen Dienstleister
- Erstellung der Sicherheitskonzepte für das Hosting und den internen Bereich beim BKA
- Fertigstellung der Schnittstelle zu INPOL-Fall
- Test des Pilotverfahrens und nach erfolgreicher Pilotierung Übergang in den Wirkbetrieb

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFEIT):**

- Evaluierung und ggf. Anpassungsentwicklung

**2.3.4 Elektronisches Abfallnachweisverfahren – eANV**

Federführung: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

**PROJEKTbeschreibung:**

Mit der Neufassung der Nachweisverordnung vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I Nr. 48, S. 2298) wird im deutschen Abfallrecht verpflichtend festgelegt, dass spätestens am 1. April 2010 das Nachweisverfahren nur noch elektronisch durchgeführt werden darf, soweit die Verordnung keine speziell geregelten Ausnahmen zulässt (z. B. Übernahmescheine im Bereich der Sammelentsorgung, die nicht elektronisch geführt werden müssen). Am 1. Februar 2007 ist die Neufassung der Nachweisverordnung in Kraft getreten.

Künftig sollen die Papierformulare im Nachweisverfahren (insbesondere Entsorgungsnachweis, Begleitschein und entsprechend Register) über die Entsorgung gefährlicher – und fakultativ auch nicht gefährlicher – Abfälle auf ein elektronisches Verfahren umgestellt werden. Das elektronische Verfahren für die Entsorgung gefährlicher Abfälle wird

für alle Beteiligten verbindlich vorgegeben. Bislang führen noch jährlich ca. 250.000 Unternehmen (abfallerzeugende Unternehmen, Transporteure, Entsorgungsunternehmen) bis zu 150.000 Entsorgungsnachweise. Hierbei handhaben sie zusätzlich ca. drei Millionen Begleitscheine und ca. 14 Millionen Übernahmescheine. Bis 2010 soll das elektronische Verfahren flächendeckend eingeführt sein.

**Folgende Resultate sollen im Projekt erzielt werden:**

- Die nachweis- und registerpflichtigen Unternehmen werden in der Erstellung, Übermittlung, Prüfung und Aufbewahrung von Nachweisen und Registern über die Entsorgung gefährlicher und nicht gefährlicher Abfälle erheblich entlastet.
- Die Aufsichtsbehörden der Länder werden ebenfalls deutlich entlastet und profitieren von einer besseren Verfügbarkeit und Auswertbarkeit der Nachweisdaten, wodurch die bundesweite Kooperation der Behörden unterstützt und im Gesamtergebnis die Effizienz der Überwachung erheblich gesteigert wird.

Zielgruppen und Beteiligte sind abfallerzeugende Unternehmen und Einrichtungen, Transport- und Entsorgungsunternehmen sowie Aufsichtsbehörden der Länder und Kommunen.

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

- Entwicklung der Software zur elektronischen Nachweisführung
- Fortentwicklung der ZKS-Abfall und erste Funktionstests

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Inbetriebnahme der ZKS-Abfall
- Funktionstests und Erprobung der einzelnen Systeme
- Schrittweise Anbindung der Nachweispflichtigen

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFEIT):**

- Für die Gewährleistung der bundesweiten elektronischen Kommunikation zwischen den Unternehmen sowie zwischen den Unternehmen und den Überwachungsbehörden wird das IT-Verfahren über die ZKS eingeführt und erprobt.
- Die nachweispflichtigen Unternehmen und die Überwachungsbehörden werden an das IT-Verfahren über die ZKS angebunden.
- Die elektronische Abwicklung des Nachweisverfahrens sowie die Einbindung der elektronischen Signatur wird Pflicht.

### 2.3.5 IT FoodTrace – sichere Lebensmittelkette

Federführung: Life Science Center der Universität Hohenheim und IBM  
Deutschland GmbH

#### PROJEKTBSCHREIBUNG:

Die Rückverfolgbarkeit und Qualitätssicherung von Fleisch und Fleischwaren soll durch eine lückenlose Dokumentation entlang der gesamten Wertschöpfungskette vom Erzeuger zum Verbraucher erreicht werden. Die eng miteinander verwobenen EU-Verordnungen und -Richtlinien, eine Vielzahl an Bundes- und Landesgesetzen sowie der mehrstufige Prozess der Nahrungsmittelerzeugung erfordern einen ganzheitlichen Ansatz. Daher wird – unter Beteiligung aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung – mit dem sogenannten Agro Technical Solution Model (ATSM) eine IT-Plattform entwickelt, die den standardisierten und verschlüsselten Austausch von Daten ermöglicht.

#### Folgende Resultate sollen erzielt werden:

- Das Vertrauen der Verbraucher soll durch die lückenlose und schnelle Rückverfolgbarkeit von Fleischprodukten verbessert werden.
- Bereits vorliegende Daten und Informationen werden optimal genutzt, weitergehende Informationspflichten auf ein Mindestmaß reduziert.
- Die Behörden werden durch die bessere Verfügbarkeit der Nachweisdaten deutlich entlastet und können im Krisenfall gezielter reagieren.

Das Projekt wird in Kooperation mit einer Vielzahl von Partnern aus der Wirtschaft (Erzeuger, Handel), Wissenschaft, den Verbänden, Bundes- und Landesbehörden (Überwachungsbehörden) realisiert. Die Unternehmen der Wertschöpfungskette sowie die Überwachungsbehörden sind zugleich die spätere Zielgruppe des Verfahrens.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Die wesentlichen wissenschaftlichen Grundlagenarbeiten wurden fortgeführt und alle Meilensteine erreicht.
- Fertigstellung des IT-Architektur-Konzeptes

- Das Integrationskonzept für die einzelnen Lösungsansätze zur Realisierung der gesamten Lebensmittelkette steht kurz vor dem Abschluss.
- Das Demonstrationsvorhaben wurde ab Mitte Dezember 2008 realisiert.

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Realisierung des Demonstrationsvorhabens mit den Partnern aus Wirtschaft und Verwaltung sowie dessen Auswertung
- Vorstellung von IT FoodTrace und des Demonstrationsvorhabens auf der CeBIT 2009 mit den Projektpartnern von IT FoodTrace
- Abschluss des Forschungsprojektes IT FoodTrace Mitte 2009

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Gemeinsam mit den beteiligten Wirtschaftsunternehmen und Behörden soll das Demonstrationsvorhaben weiter vorangetrieben und sukzessive ausgebaut werden.

### 2.3.6 Bürokratiekostenreduzierung durch optimierte IT-basierte Informationsbereitstellung

Federführung: Bundesministerium des Innern (BMI)

#### PROJEKTBSCHREIBUNG:

Mit dem Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ hat sich die Bundesregierung verpflichtet, durch bestehende Informationspflichten begründete Bürokratiekosten auf Seiten der Wirtschaft messbar zu senken und neue Informationspflichten möglichst zu vermeiden. Die Umstellung auf elektronische Verfahren für die Erfüllung dieser Informationspflichten kann dabei einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung bürokratiebedingten Aufwands für die Wirtschaft leisten.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Der 2007 entwickelte Leitfaden zur Identifikation von Potenzialen zur Reduktion von Bürokratiekosten durch E-Government wurde pilothaft getestet. Hierzu wurden die Methoden und Werkzeuge des Leitfadens systematisch auf die Informationspflichten der Wirtschaft im Normenbestand des BMI angewandt.

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Erarbeitung einer Vorschlagsliste für die Unterstützung der Bürokratiekostenreduzierung für das BMI

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Fortlaufende Ermittlung von E-Government-Potenzialen im Rahmen des Regierungsprogramms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“

### 2.3.7 Elektronisches Schadstofffreisetzung- und verbringungsregister (Elektronisches Pollutant Release and Transfer Register, ePRTR)

Federführung: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

**PROJEKTBECHREIBUNG:**

Auf der Grundlage des am 21. Mai 2003 unterzeichneten PRTR-Protokolls der UN ECE hat sich Deutschland verpflichtet, ein nationales Schadstofffreisetzung- und verbringungsregister einzurichten und zu betreiben.

Die Informationen zur Freisetzung bestimmter Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden sowie zur Verbringung von Abfällen und Schadstoffen in Abwasser müssen jährlich berichtet und aktualisiert werden. Die registrierten Informationen sollen via Internet der Öffentlichkeit sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zugänglich gemacht werden. Die E-Government-Dienstleistung wird in Zusammenarbeit mit der betroffenen Wirtschaft, gemeinsam mit den Bundesländern realisiert und betrieben.

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

- Inbetriebnahme des Portals Betriebliche Umweltdatenberichterstattung (BUBEOnline) für die PRTR-Berichterstattung inkl. der 13. BImSchV (Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionschutzgesetzes, Großfeuerungsanlagen) unter [www.bube.bund.de](http://www.bube.bund.de)

- Entwicklung und Integration des Berichtsmoduls nach 11. BImSchV (Emissionserklärung)
- Verfahren zur Qualitätssicherung der berichteten Daten entlang der Prozesskette

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Umweltdatenberichterstattung für die 11. BImSchV (Emissionserklärung)
- Beginn der Datenlieferung durch die Länder, Integration weiterer Daten aus diffusen Quellen
- Aufbau und Betrieb der Datenpräsentation als Internetportal („Geobrowser“) für den Abruf der Daten zur Freisetzung von Schadstoffen durch Bürgerinnen und Bürger

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Betrieb des Portals BUBE-Online als Efa-Dienstleistung
- IT-Grundsicherung-Zertifizierung des IT-Verbundes nach ISO 27.001
- Schaffung von Synergien durch Integration weiterer Berichtspflichten (XML-Schnittstellen, Datenmanagement)

### 2.3.8 Vollzug der Tierarzneimittelzulassung und Überwachung (eTAM)

Federführung: Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)

**PROJEKTBECHREIBUNG:**

Zielstellung des Projekts ist die Erarbeitung einer integrierten IT-Lösung für die Tierarzneimittelzulassungen auf dem aktuellen Stand der Technik. Hintergrund ist die Vereinfachung der derzeit ca. 120–140 nationalen und europäischen Zulassungsverfahren für Tierarzneimittel sowie Folgeverfahren der Zulassung. Hierzu ist die Einrichtung eines Internetportals zur elektronischen Kommunikation mit allen externen Prozessbeteiligten (Firmen, Bundesländer, Einvernehmensbehörde Umweltbundesamt [UBA], EU-Mitgliedsstaaten, die Europäische Arzneimittelagentur [EMA]) vorgesehen. Zudem soll ein Vorgangsbearbeitungssystem (VBS) eingeführt werden, in das weitere Komponenten eingebunden sind: Formularmanagementsystem (FMS) zur Bereitstellung elektronischer Antragsformulare, Zahlungsverkehrsplattform (ZVP) zur elektronischen Gebührenerhebung und Virtuelle Poststelle (VPS) zum sicheren Austausch von Dokumenten.

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

- Umsetzung eines neuen Aktenplans im VBS (2. Quartal 2008)
- Umsetzung der Vorgänge der allgemeinen Schriftverkehre im VBS in den Realbetrieb (seit 1. Juli 2008)

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Pilotphase nationale Zulassungsverfahren (ab 2. Quartal) mit Zugang über Antragstellerportal
- Vollständige elektronische Abwicklung der nationalen Zulassungsverfahren im VBS
- Vorbereitung weiterer Zulassungs- und Folgeverfahren
- Übernahme von Datenbeständen aus den Altsystemen

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Ausbau auf weitere Zulassungs- und Folgeverfahren
- Aufbau eines elektronischen Datenaustausches mit den Mitgliedstaaten der EU
- Elektronische Langzeitarchivierung als Folgeprojekt

**3.1 Ziele des Handlungsfelds**

Dem Handlungsfeld Identifikation liegt das übergeordnete Ziel der Bereitstellung einer eindeutigen, ortsunabhängigen, elektronischen Identifizierungslösung für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung sowie einer Möglichkeit zur rechtsverbindlichen elektronischen Willenserklärung zugrunde.

Dadurch können Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen die Onlinedienstleistungen des Staates und der Wirtschaft zuverlässig, sicher und unabhängig von einem Aufenthalt in Deutschland nutzen und die elektronischen Identifikationslösungen für eigene elektronische Geschäftsprozesse verwenden. Der Austausch schützenswerter Informationen wird dabei mittels kryptographischer Verfahren gesichert, so dass die Personendaten und Informationen nicht unbefugt eingesehen werden können.

Durch die Verwendung von Chipkartentechnologie bei der Realisierung der Authentisierungslösung ist ein maximaler Schutz vor der Ausspähung von Zugangsdaten, z. B. durch sogenannte Phishing-Attacken, gewährleistet. Damit kann ein sicherer und komfortabler Identitätsausweis sowohl der Serviceanbieter als auch der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden. Um die praktische Anwendung sicherzustellen, müssen elektronische Identifizierungsmechanismen einfach handhabbar sein und auf breite Akzeptanz bei Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen sowie Behörden stoßen. Neben dem Sicherheitsgewinn für Bürgerinnen und Bürger trägt der gegenseitige elektronische Identitätsnachweis auch zu effektiveren, durchgängig elektronischen Geschäftsprozessen für die Wirtschaft und zur Modernisierung der Verwaltung bei.

Schließlich wird durch die neuen Identifizierungsverfahren ein erheblicher Komfortgewinn erzielt werden, da auch Authentisierungsprozesse mit hohen Sicherheitsanforderungen künftig online durchgeführt werden können. Damit ist in der Regel eine Zeit- und Kostenersparnis für alle Geschäftspartner verbunden. Zur Erreichung dieser Ziele werden im Handlungsfeld Identifizierung die in Kapitel 3.3 beschriebenen Projekte organisiert und seit 2007 in Federführung des Bundesministeriums des Innern umgesetzt.

### 3.2 Wesentliche Ergebnisse des Handlungsfelds im Jahr 2008

Im Handlungsfeld Identifikation wurden im Jahr 2008 die rechtlichen Grundlagen und technischen Voraussetzungen für einen sicheren und gegenseitigen elektronischen Identifikationsnachweis unter Berücksichtigung der wichtigen Belange des Datenschutzes geschaffen.

Im Vorhaben „Elektronischer Personalausweis“ konnte der Entwurf für das Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden. Die Pilotierung und technische Machbarkeit des neuartigen elektronischen Identitätsnachweises wurde auf dem Dritten Nationalen IT-Gipfel mit dem Piloten „Campuskarte TU-Darmstadt“ unter Beweis gestellt. Auf der Basis eines breiten fachlichen Dialogs mit Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft konnten auch die konzeptionellen Grundlagen des Projekts verbessert werden. Interessenbekundungen am elektronischen Identitätsnachweis mit dem neuen Ausweis liegen von vielen Verbänden, Wirtschaftsunternehmen und Behörden vor, die damit ihre elektronischen Services hauptsächlich im Internet sicherer und durchgängiger machen wollen. Für die nächste Projektstufe, den Anwendungstest, sind Unternehmen und Behörden zur Teilnahme aufgerufen.

Für das Vorhaben E-Identity wurde ein Grundsatzpapier „Eckpfeiler einer elektronischen Bürgeridentität“ erstellt. Das den nationalen E-Identity- und E-Card-Konzepten zugrunde liegende E-Card-API-Framework wurde gemeinsam mit nationalen Partnern in der IT-Industrie entwickelt und erstmals in die europäische Standardisierung eingebracht.

### 3.3 Projekte im Handlungsfeld 3.3.1 Elektronischer Personalausweis

Federführung: Bundesministerium des Innern (BMI)

#### PROJEKTBECHREIBUNG:

Das Projekt umfasst die Entwicklung und Einführung des elektronischen Personalausweises zum 1. November 2010. Dieser wird einen Chip erhalten, in dem eine neue Funktion zur sicheren und komfortablen elektronischen Authentisierung von Bürgerinnen, Bürgern, Unternehmen und Behörden für E-Government und E-Business realisiert ist. Die Funktion ermöglicht den gegenseitigen Identitätsnachweis zwischen Bürger und Diensteanbieter im Internet. Auf Wunsch der Personalausweisinhaber kann eine qualifizierte elektronische Signaturfunktion auf dem Chip gespeichert werden.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

- Veröffentlichung eines überarbeiteten Grobkonzepts
- Fertigstellung eines Referenten- und Regierungsentwurfs zu einem neuen Bundespersonalausweisgesetz sowie Initiierung und Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens
- Weitgehende Fertigstellung der technischen Spezifikationen
- Intensivierung des öffentlichen Dialogs mit verschiedenen Zielgruppen

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

- Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens
- Fertigstellung des Entwurfs einer Personalausweisverordnung und Begleitung des Verordnungsgebungsverfahrens
- Vorbereitung und Start eines Anwendungstests zur Nutzung der Authentisierungsfunktion mit Diensteanbietern
- Vorbereitung und Start eines Feldtests in den Ausweisbehörden zur Erprobung der dortigen Abläufe
- Beginn der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit zur Einführung des neuen Ausweises mit Authentisierungsfunktion

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Abschluss und Auswertung der Anwendungs- und Feldtestmaßnahmen
- Optimierung der Komponenten und Abläufe
- Aufnahme der Antragsbearbeitung zur Vergabe von Berechtigungszertifikaten für die Nutzung der eID-Funktion durch Diensteanbieter
- Rollout der Technik
- Nutzungsmöglichkeit in E-Government- und E-Business-Anwendungen schaffen
- Umfassende Informations- und Öffentlichkeitsarbeit gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Diensteanbietern sowie Ausweisbehörden im Vorfeld der Einführung
- Einführung des elektronischen Personalausweises

**3.3.2 Anwendungen für den elektronischen Personalausweis**

Federführung: Bundesministerium des Innern (BMI)

**PROJEKTBECHREIBUNG:**

Im Projekt soll die Anwendung des gegenseitigen elektronischen Identitätsnachweises mit dem Personalausweis für den Zugang zu E-Business- und E-Government-Diensten im Internet sowie an Automaten und Offline-Systemen vorbereitet, getestet und ausgewertet werden. Ziel ist es, eine valide Anzahl attraktiver Einsatzmöglichkeiten für den elektronischen Personalausweis zu schaffen und diese anschließend den Bürgerinnen und Bürgern ab dem 1. November 2010 auch für die praktische Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Mit dem elektronischen Identitätsnachweis wird für elektronische Dienstleistungen insbesondere im Internet eine sichere Vertrauensbasis zwischen Anbietern und Nutzer geschaffen, dem Identitätsmissbrauch wirksam vorgebeugt und dadurch Akzeptanz sowie Nutzung des E-Government- oder E-Business-Angebots insgesamt gefördert.

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

- Erste Anwendungen wurden erprobt, darunter das Pilotprojekt Campuskarte TU-Darmstadt. Die technische Spezifikation der Authentisierungsfunktion wurde in nationalen und internationalen Fachgremien und Arbeitsgruppen eingebracht und erörtert.
- Im Ergebnis der aktiven Fachkommunikation mit Vertretern aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft liegt eine Vielzahl von Interessenbekundungen für die Anwendung

des elektronischen Identitätsnachweises in elektronischen Dienstleistungen vor.

- Behörden, Unternehmen und Institutionen wurden auf dem Dritten Nationalen IT-Gipfel am 20.11.2008 in Darmstadt zum Anwendungstest<sup>5</sup> für den elektronischen Personalausweis aufgerufen. Für die Registrierung steht eine Onlineplattform zu Verfügung.

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Die aktive Kommunikation der Anwendungsmöglichkeiten des elektronischen Identitätsnachweises und des Zugewinns für Datenschutz, Verbraucher- und Jugendschutz sowie für die Internetsicherheit durch den elektronischen Personalausweis wird fortgesetzt. Künftige Anwender in Wirtschaft und Verwaltung werden als Testpartner gewonnen.
- Allen am Test teilnehmenden Dienstleistungsanbietern werden umfassende Informationen und technische Komponenten für die Erprobung des Identitätsnachweises in ihren Anwendungstests bereitgestellt. Für die Fachkommunikation und den Erfahrungsaustausch sowie die Auswertung der Tests wird eine Internetplattform eingerichtet.
- Mit ausgewählten Testteilnehmern werden gemeinsam die Voraussetzungen für attraktive initiale Anwendungen des elektronischen Identitätsnachweises ab 1.11.2010 geschaffen und der elektronische Personalausweis wird entlang dieses Dienstleistungsangebots etabliert.

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Durchführung und Auswertung der zentralen Anwendungstests im 1. Halbjahr 2010 und weitere Anwendungstest bis Ende 2010
- Breitenwirksame Bekanntmachung der Einführung des elektronischen Identitätsnachweises zum 1.11.2010
- Bereitstellung von Informationsmaterial und Schulung der Personalausweisbehörden für die Aktivierung und Nutzung des elektronischen Identitätsnachweises durch die Personalausweisinhaber
- Fortsetzung des Marketings für Anwendungen des elektronischen Identitätsnachweises und Bereitstellung von Anwendungskomponenten und Informationen

<sup>5</sup> www.cio.bund.de

### 3.3.3 E-Identity-Konzept

Federführung: Bundesministerium des Innern (BMI)

#### PROJEKTBSCHREIBUNG:

Im Projekt soll ein umfassendes E-Identity-Konzept für die deutsche Verwaltung erstellt werden, das zur Erhöhung der Effizienz und Sicherheit beim Austausch personenbezogener Daten und zur Verbesserung der Qualität (Eindeutigkeit, Aktualität, Integrität) und Schnelligkeit der Zuordnung von Daten beiträgt. Insgesamt werden so effektivere und zeitgemäße Registerdienstleistungen für vielfältige öffentliche Bedarfsträger mit hoher Verfügbarkeit ermöglicht.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

Es wurde ein Grundsatzpapier „Eckpfeiler einer elektronischen Bürgeridentität“ erstellt.

#### WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:

Aufgrund vorrangiger Aufgaben zur Einführung des elektronischen Personalausweises werden voraussichtlich auch im Jahre 2009 im Wesentlichen nur reaktive und Themen begleitende Arbeiten erfolgen können. Darüber hinaus wird im Rahmen der Beteiligung an den Gesetzgebungsverfahren die Ressortkoordinierung hinsichtlich elektronischer Identitäten fortgeführt. Parallele Aktivitäten verschiedener externer Organisationen (Teletrust, ISPRAT, BITKOM) zu diesem Thema werden begleitet.

#### AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):

- Erarbeitung eines umfassenden E-Identity-Konzepts auf Basis des Grundsatzpapieres
- Ressortkoordinierung im Bereich elektronischer Identitäten

### 4.1 Ziele des Handlungsfelds

Trotz vielfältiger Anstrengungen ist die Kommunikation über das Internet heute gefährdeter denn je. Spam-, Wurm- und Phishing-Mails überfluten die E-Mail-Postfächer. Dadurch wird insbesondere die Nutzung des Internets für E-Government zur sicheren und zuverlässigen Kommunikation beeinträchtigt.

Weiterhin fehlen für nicht regelmäßige Nutzerinnen und Nutzer von E-Government-Anwendungen einfach und kostengünstig anzuwendende Identifizierungs- und Absicherungsverfahren bzw. finden diese derzeit keine ausreichende Akzeptanz. In der Folge bietet das Internet weniger Rechtssicherheit und Verbindlichkeit als die papiergebundene Kommunikation.

Ein mangelndes Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung in die Sicherheit der Internetkommunikation gefährdet aber die elektronischen Märkte und die mit der elektronischen Kommunikation einhergehenden gesellschaftlichen Modernisierungseffekte. Dem wird durch staatlich zertifizierte Bürgerportale entgegengewirkt.

Weiterhin wird die sichere elektronische Kommunikation der Dienststellen von Bund, Ländern und Kommunen durch den Aufbau und Ausbau einer abgestimmten Kommunikationsinfrastruktur der deutschen Verwaltung ermöglicht. Die sichere und effiziente Verbindung der deutschen Verwaltung mit europäischen Strukturen wird gewährleistet.

## 4.2 Wesentliche Ergebnisse des Handlungsfelds im Jahr 2008

Im Jahr 2008 wurde die Konzeption der Bürgerportale mit ihren Diensten „De-Mail“, „De-Safe“ und „De-Ident“ weitgehend abgeschlossen. Dabei erfolgte eine enge Abstimmung mit Wirtschaft und Verwaltung im Rahmen verschiedener Arbeitsgruppen unter Beteiligung potenzieller zukünftiger Bürgerportalprovider und -nutzer. So erarbeitete beispielsweise die AG „Pilotierung“ ein Pilotprojekt in Friedrichshafen, dessen Vorbereitungsphase auf dem Dritten Nationalen IT-Gipfel am 20. November 2008 in Darmstadt gestartet wurde. Der Pilotbetrieb wird Mitte 2009 beginnen.

Das Gesetzgebungsverfahren für das Bürgerportalgesetz hat begonnen. Es wurde durch eine Onlinekonsultation begleitet, die es Ende 2008 den Bürgerinnen und Bürgern erlaubte, den Referentenentwurf zu kommentieren. Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens ist noch für die laufende Legislaturperiode geplant.

Im Vorhaben Deutschland-Online Infrastruktur konnten 2008 sichtbare Fortschritte gemacht werden. Am 24. Juni 2008 wurde der DOI-Netze e. V. durch den Bund und alle 16 Bundesländer gegründet, mit dem Vereinszweck eines Aufbaus und Betriebes des DOI-Netzes. Das Vorhaben befindet sich bereits im Vergabeverfahren.

Im Rahmen des Vorhabens zur Förderung der Breitbandversorgung ländlicher Räume (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ – GAK) wurde der GAK-Fördergrundsatz notifiziert. Alle Richtlinien/Erlasse der Länder sind seit Herbst 2008 in Kraft. Aufgrund der erfolgten Ausschreibungen durch die Gemeinden liegen in neun Ländern 182 Anträge vor.

## 4.3 Projekte im Handlungsfeld

### 4.3.1 Bürgerportale (De-Mail)

Federführung: Bundesministerium des Innern (BMI)

#### PROJEKTBE SCHREIBUNG:

Im Rahmen des Projekts „Bürgerportale (De-Mail)“ entwickelt das Bundesministerium des Innern (BMI) gemeinsam mit Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden eine Lösung für die Onlinekommunikation, die so einfach sein soll wie E-Mail und dabei so sicher wie die Papierpost. Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung können per „De-Mail“ künftig Nachrichten und Dokumente vertraulich, zuverlässig und geschützt vor Veränderungen versenden. Hinter allen De-Mail-Adressen stehen sicher identifizierte Kommunikationspartner. De-Mail wird ergänzt durch eine sichere Dokumentenablage, De-Safe, und einen benutzerfreundlichen Identitätsnachweis, De-Ident. Das BMI schafft hierfür die rechtlichen Rahmenbedingungen und definiert die technischen Grundlagen. Realisiert und betrieben wird De-Mail von der Privatwirtschaft. Wer De-Mail-Anbieter werden möchte, muss in einem staatlichen Zertifizierungsverfahren nachweisen, dass er hohe Anforderungen an Sicherheit und Datenschutz erfüllt. Besonderer Wert wird beispielsweise auf den Schutz der Verbraucher und die Sicherheit ihrer Daten gelegt.

#### WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:

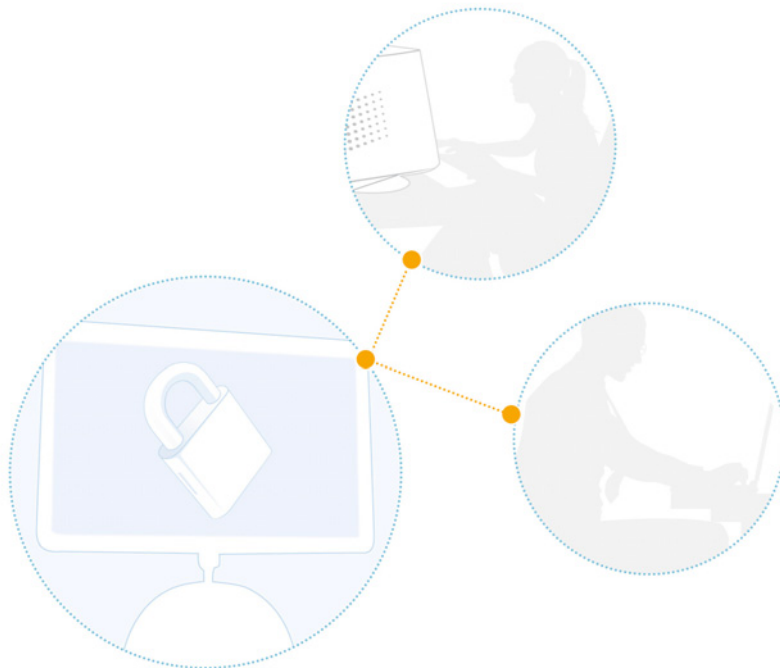
- Grob- und Feinkonzeption der Basisdienste (Postfach- und Versanddienst, Feinkonzeption der Bürgerportaldienste)
- Erarbeitung des Referentenentwurfs Bürgerportalgesetz, Initiierung des Gesetzgebungsverfahrens und Durchführung einer Onlinekonsultation zum Gesetzestext
- Erarbeitung eines Pilotprojektes und Start der Vorbereitungsphase der De-Mail-Pilotierung in Friedrichshafen

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Aufnahme des Pilotbetriebs in Friedrichshafen
- Gesetzgebungsverfahren (inkl. Veröffentlichung Bürgerportalgesetz und -Verordnung)
- Aufbau der Zertifizierungs- und Akkreditierungsinfrastruktur für De-Mail-Provider

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Anpassung von Konzeption und Zertifizierungsverfahren aufgrund der Erfahrungen im Pilotbetrieb
- Akkreditierung erster De-Mail-Provider
- Beginn Echtbetrieb erster Bürgerportale

**4.3.2 Deutschland-Online Infrastruktur – DOI**

Federführung: Bundesministerium des Innern und das Land Hessen

**PROJEKTBECHREIBUNG:**

Das unter gemeinsamer Federführung des Bundes und des Landes Hessen durchgeführte Deutschland-Online Vorhaben Infrastruktur wurde vor dem Hintergrund aufgesetzt, dass Bund, Länder und Kommunen derzeit weitgehend unterschiedliche Netzinfrastrukturen nutzen. Ziel ist der Auf- und Ausbau einer abgestimmten Kommunikationsinfrastruktur der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Die Behandlung dieses Themas in der Föderalismuskommission II hat die Bedeutung der Aufgabe bestätigt.

Erster Schritt auf diesem Weg ist es, die bestehenden „Netzinseln“ zu überwinden: Für die elektronische Abwicklung von Fachverfahren müssen die Kommunikationsinfrastrukturen zwischen Bund, Ländern und Kommunen effizient verbunden werden. Von der erfolgreichen Verbindung der Netze durch ein DOI-Netz und der damit zusammenhängenden Einrichtung zentraler Dienste hängt auch der Erfolg weiterer Vorhaben im Rahmen von Deutschland-Online ab.

**BEDEUTUNG UND NUTZEN DES PROJEKTS:**

- Inkompatibilitätsprobleme der Netzinfrastrukturen werden bundesweit gelöst.
- Kosteneinsparungen können durch Standardisierung von Netzinfrastrukturen erzielt werden.
- Grundlagen für weitere Fortschritte im E-Government werden gelegt: Die neue Kommunikationsinfrastruktur wird die zukunftsfähige Basis für neue E-Government-Anwendungen sein.

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

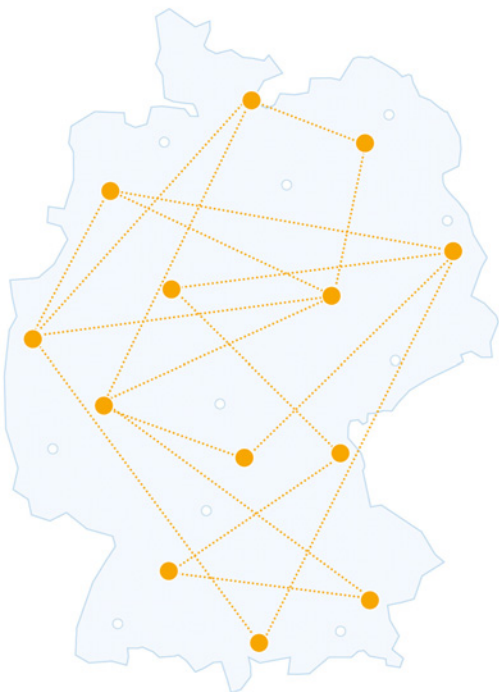
- Gründung des DOI-Netz e.V. durch Vertreter des Bundes und der 16 Bundesländer, Etablierung der DOI-Organisation und Geschäftsstelle
- Erstellung der notwendigen Fachkonzepte für die Themen Architektur, Dienste, Betrieb, Sicherheit und Migration für das DOI-Netz, als Basis für die Verdingungsunterlage
- Durchführung der Ausschreibung der Leistungen für das DOI-Netz und Aufnahme der Bieterverhandlungen

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Abschluss der Vergabe für das neue DOI-Netz zur Schaffung einer abgestimmten Kommunikationsinfrastruktur für die deutsche Verwaltung
- Migration der TESTA-D-Teilnehmeranschlüsse und der zentralen Funktionalitäten zum DOI-Netz
- Konzeption und Administration eines IPv6-Adressraums für die deutsche Verwaltung

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Ausbau des Angebotes für zentrale und dezentrale netznahe Dienste (Verzeichnisse, E-Mail, Internetübergang)
- Weiterentwicklung des DOI-Netzes in Bezug auf die Architektur und Sicherheit
- Ausbau des Servicekonzepts



### 4.3.3 Förderung der Breitbandversorgung ländlicher Räume im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)

Federführung: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

**PROJEKTBECHREIBUNG:**

Mit Hilfe der Förderung können diejenigen Breitbandinvestitionskosten in bisher unterversorgten ländlichen Regionen bezuschusst werden, die in der Wirtschaftlichkeitsberechnung der Netzbetreiber zur Refinanzierung nicht gedeckt sind. Die Förderung erfolgt technologie- und anbieterneutral. Als Antragsteller sind Gemeinden und Gemeindeverbände vorgesehen, die bestimmte Voraussetzungen (z. B. Nachweis der fehlenden oder unzureichenden Breitbandversorgung, Bedarfsanalyse, ordnungsgemäße und richtlinienkonforme Ausschreibung) erfüllen müssen. Die Förderhöhe beträgt bis zu 60 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.

**WESENTLICHE PROJEKTFORTSCHRITTE 2008:**

- Der GAK-Fördergrundsatz ist notifiziert und alle Richtlinien/Erlasse der Länder sind seit Herbst 2008 in Kraft.
- Aufgrund der erfolgten Ausschreibungen durch die Gemeinden liegen in neun Ländern 182 Anträge vor.
- Erste Antragsbewilligungen sind inzwischen erteilt worden.

**WESENTLICHE PROJEKTARBEITEN 2009:**

- Umsetzung der Förderung vorantreiben
- Weitere Anträge zur Förderreife bringen
- Erfahrungen aus Pilotprojekten sammeln und umsetzen
- Aufklärung und Beratung der Gemeinden fortsetzen

**AUSBLICK UND MEILENSTEINE 2010 (BZW. ÜBER DIE GESAMTE PROJEKTLAUFZEIT):**

- Die Zahl der „weißen Flecken“ in der Breitbandversorgung verringert sich deutlich.
- Die geförderten Projekte haben Beispielcharakter für andere noch unversorgte ländliche Gemeinden.
- Das Ziel der flächendeckenden Breitbandversorgung wird weiter verfolgt.

### 5.1 Programm- und Projektmanagement

Bei der Umsetzung des Programms *E-Government 2.0* übernimmt das Bundesministerium des Innern in partnerschaftlichem Zusammenwirken mit den Ressorts die Koordination der Maßnahmen sowie das Programmmanagement in den vier Handlungsfeldern. Zu den Aufgaben des Programmmanagements gehören insbesondere

- die Unterstützung der Zusammenarbeit durch eine behördenübergreifende Kommunikation,
- die Durchführung von Ressortbesprechungen,
- die Sicherstellung einer stetigen Kommunikation zwischen den Akteuren der vier Handlungsfelder sowie
- die jährliche Fortschreibung des Programms *E-Government 2.0* in einem Umsetzungsplan und Bericht an den Rat der IT-Beauftragten (ab 2009).

Im Bundesministerium des Innern wurde im Jahr 2007 das E-Government-Kompetenzzentrum eingerichtet. Ziel des Kompetenzzentrums ist es, die Kommunikation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zu kanalisieren, zu steuern und zu verstetigen. Es nimmt eine moderierende Rolle zwischen den Akteuren ein, um gegenseitige Anforderungen z. B. zur Integration der Geschäftsabläufe auszutauschen und Synergien bei der Umsetzung zu erschließen. Folgende Aufgaben wurden vom E-Government-Kompetenzzentrum übernommen:

- Aufbau eines Netzwerks aus Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Wissenschaft. Dadurch sollen die nutzerorientierte Umsetzung von *E-Government 2.0* sowie die Vermittlung von Erfahrungen und Lösungsansätzen im E-Government gefördert werden. Mittels einer Umfrage wurden die Kommunikationswünsche und Informationsbedürfnisse von teilnehmenden Universitäten und Instituten ermittelt und zielgerichtet verfolgt.
- Die Förderung der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Programm *E-Government 2.0* zur Unterstützung der Ressorts und der vier Handlungsfelder und eine regelmäßige wissenschaftliche Evaluation des Programmfortschritts aus Sicht der Wissenschaft.

Das Projektmanagement und das Controlling der Projekte im Umsetzungsplan liegen in der Verantwortung der jeweils federführenden Behörden.

### 5.2 Marketing und Öffentlichkeitsarbeit

Die Umsetzung des E-Government-Programms wird durch Marketing und Öffentlichkeitsarbeit begleitet, um Bekanntheit und Akzeptanz der E-Government-Angebote zu fördern. Das Marketing zu den E-Government-Dienstleistungen und -Projekten erfolgt unter Federführung der jeweiligen Behörden bzw. Ressorts auf Grundlage von Kommunikationskonzepten und Bedarfsanalysen.

Zur Unterstützung der Behörden stellt das Bundesministerium des Innern den Projekten einen Rahmen zur einheitlichen Darstellung der Vorhaben und zu deren Einbindung in die Öffentlichkeitsarbeit zum Programm zur Verfügung. Zusätzlich werden durch das BMI neue Formen des Onlinemarketings im Internet für die gemeinsame Anwendung erschlossen.

Die Kommunikation von Projekterfolgen bildete 2008 einen wesentlichen Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit. Messen, Konferenzen sowie die Online- und Printmedien standen im Fokus einer gezielten Kommunikation. Neben zahlreichen spezifischen Fachveranstaltungen wurden die großen IT- bzw. E-Government-Events wie die CeBIT 2008, der Kongress „Effizienter Staat“, der dbb-Kongress „Neue Verwaltung“, die Messe „Moderner Staat“ sowie die Messe „Systems“ zur Kommunikation der Programminhalte und zur Darstellung der Projektergebnisse erfolgreich genutzt. Mit über 250 Fachartikeln, Pressemeldungen, Vorträgen und Redebeiträgen konnten die Ziele und Erfolge des Programms in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sowie der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Ergänzend entwickelte sich 2008 eine deutlich verstärkte Kommunikation der Programminhalte und Ergebnisse in Richtung der Europäischen Union (EU). Die von der EU gesetzten Schwerpunkthemen waren dabei: E-Partizipation, E-Inklusion, Bürokratiereduzierung, Prozessketten sowie elektronische Identitäten.

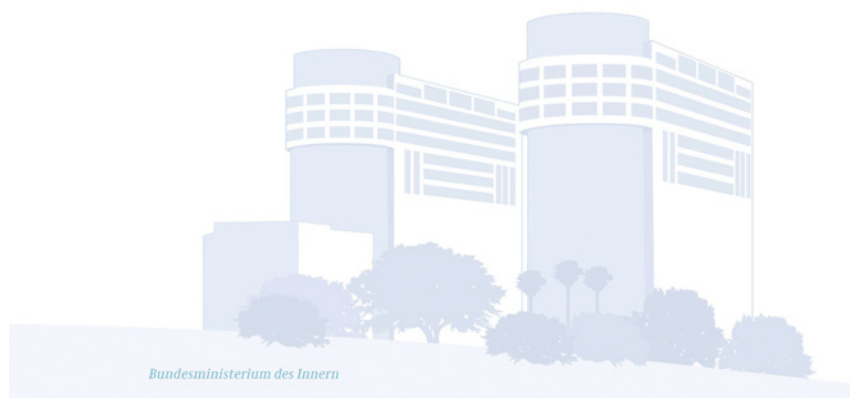
Für 2009 steht mit dem neuen Internetauftritt des Bundesbeauftragten für IT sowohl dem Programm *E-Government 2.0* als auch dem IT-Rat eine zusätzliche Plattform für die Kommunikation zur Verfügung ([www.cio.bund.de](http://www.cio.bund.de)).

### 5.3 Finanzbedarf des Programms

Die mit dem Programm *E-Government 2.0* gesetzten Ziele werden durch dezentrale Vorhaben in Verantwortung der jeweiligen Ressorts und Behörden erreicht. Die Finanzierung der in diesem Umsetzungsplan 2009 genannten Vorhaben erfolgt grundsätzlich im Rahmen der geltenden Finanzplanung aus den Einzelplänen der beteiligten Ressorts. Darüber hinausgehender Bedarf wird in das jährliche Haushaltsaufstellungsverfahren eingebracht.

Weiterführende Vorhaben können in den jährlichen Umsetzungsplan aufgenommen werden.

Vor Beginn der jeweiligen Projekte ist der Finanzbedarf exakt zu beziffern, die Wirtschaftlichkeit zu belegen und es sind die mit den Projekten verfolgten Einsparpotenziale und Beiträge zur Haushaltskonsolidierung hinsichtlich Umfang und Zeit zu benennen.



#### ABKÜRZUNG BEZEICHNUNG

|          |  |
|----------|--|
| ABBA     | Automatisierte Beihilfe-Bearbeitung mit Arbeitsplatzcomputern  |
| AfO      | Ausschuss für Organisationsfragen  |
| AGRO XML | Standard zum Austausch von Daten aus der landwirtschaftlichen Produktion   |
| API      | Das Application Programming Interface ist eine Schnittstelle zur Anwendungsprogrammierung.   |
| ATSM     | Das Agro Technical Solution Model auf Basis von AGRO XML ist eine IT-Plattform im Projekt ITFoodTrace – Sichere Lebensmittelkette. |
| AVV      | Allgemeine Verwaltungsvorschrift   |
| BA       | Bundesagentur für Arbeit   |
| BABZV    | Beschaffungsamt der Bundeszollverwaltung   |
| BADV     | Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen  |
| BAkÖV    | Bundesakademie für öffentliche Verwaltung  |
| BAKWVT   | Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik  |
| BAM      | Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung   |
| BArch    | Bundesarchiv   |
| BAuA     | Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin   |
| BELEK    | Berechtigungsdatenbank für das BZSt-Verfahren  |
| BeschA   | Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern  |
| BfR      | Bundesinstitut für Risikobewertung   |
| BFV      | Bundesfinanzverwaltung   |
| BGBI     | Bundesgesetzblatt  |
| BIB      | Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung   |
| BImSchV  | Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionschutzgesetzes, Großfeuerungsanlagen   |
| BITKOM   | Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.  |
| BITV     | Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung   |
| BKA      | Bundeskriminalamt  |
| BLFA-FZ  | Bund-Länder-Fachausschuss Fahrzeugwesen  |
| BMAS     | Bundesministerium für Arbeit und Soziales  |
| BMF      | Bundesministerium der Finanzen   |

## ABKÜRZUNG BEZEICHNUNG

|                 |  |
|-----------------|--|
| <b>ABBA</b>     | Automatisierte Beihilfe-Bearbeitung mit Arbeitsplatzcomputern  |
| <b>AfO</b>      | Ausschuss für Organisationsfragen  |
| <b>AGRO XML</b> | Standard zum Austausch von Daten aus der landwirtschaftlichen Produktion   |
| <b>API</b>      | Das Application Programming Interface ist eine Schnittstelle zur Anwendungsprogrammierung.   |
| <b>ATSM</b>     | Das Agro Technical Solution Model auf Basis von AGRO XML ist eine IT-Plattform im Projekt ITFoodTrace – Sichere Lebensmittelkette. |
| <b>AVV</b>      | Allgemeine Verwaltungsvorschrift   |
| <b>BA</b>       | Bundesagentur für Arbeit   |
| <b>BABZV</b>    | Beschaffungsamt der Bundeszollverwaltung   |
| <b>BADV</b>     | Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen  |
| <b>BAkÖV</b>    | Bundesakademie für öffentliche Verwaltung  |
| <b>BAkWVT</b>   | Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik  |
| <b>BAM</b>      | Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung   |
| <b>BArch</b>    | Bundesarchiv   |
| <b>BAuA</b>     | Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin   |
| <b>BELEK</b>    | Berechtigungsdatenbank für das BZSt-Verfahren  |
| <b>Bescha</b>   | Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern  |
| <b>BfR</b>      | Bundesinstitut für Risikobewertung   |
| <b>BfV</b>      | Bundesfinanzverwaltung   |
| <b>BGBI</b>     | Bundesgesetzblatt  |
| <b>BIB</b>      | Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung   |
| <b>BImSchV</b>  | Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionschutzgesetzes, Großfeuerungsanlagen   |
| <b>BITKOM</b>   | Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.  |
| <b>BITV</b>     | Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung   |
| <b>BKA</b>      | Bundeskriminalamt  |
| <b>BLFA-FZ</b>  | Bund-Länder-Fachausschuss Fahrzeugwesen  |
| <b>BMAS</b>     | Bundesministerium für Arbeit und Soziales  |
| <b>BMF</b>      | Bundesministerium der Finanzen   |

## ABKÜRZUNG BEZEICHNUNG

|                    |  |
|--------------------|--|
| <b>BMI</b>         | Bundesministerium des Innern   |
| <b>BMVBS</b>       | Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung                                      |
| <b>BNetzA</b>      | Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen             |
| <b>BPA</b>         | Presse- und Informationsamt der Bundesregierung  |
| <b>BSA</b>         | Bundessortenamt  |
| <b>BSI</b>         | Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik  |
| <b>BVA</b>         | Bundesverwaltungsamt   |
| <b>BVL</b>         | Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit                                   |
| <b>BWB</b>         | Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung  |
| <b>BZSt</b>        | Bundeszentralamt für Steuern   |
| <b>CAF</b>         | Common Assessment Framework (gemeinsames europäisches Qualitätsbewertungssystem)             |
| <b>CC VBPO</b>     | Kompetenzzentrum für Vorgangsbearbeitung, Prozesse und Organisation                          |
| <b>CC-Software</b> | Call-Center-Software   |
| <b>CeBIT</b>       | Akronym für Centrum der Büro- und Informationstechnik (größte Messe für Informationstechnik) |
| <b>CEN</b>         | Europäisches Komitee für Normung   |
| <b>CIO</b>         | Chief Information Officer ist der Leiter für Informationstechnologie.                        |
| <b>DatML/EDT</b>   | Data Markup Language, hier für die Beschreibung von Plausibilitätsprüfungen                  |
| <b>DeB</b>         | Deutscher Beamtenbund  |
| <b>DB VwV</b>      | Datenbank für Verwaltungsvorschriften des Bundes   |
| <b>DDB</b>         | Deutsche Digitale Bibliothek   |
| <b>De-Ident</b>    | Benutzerfreundlicher Identitätsnachweis im Bürgerportal                                      |
| <b>De-Mail</b>     | Projektname für Bürgerportale (De-Mail)  |
| <b>De-Safe</b>     | Sichere Dokumentenablage im Bürgerportal   |
| <b>DIF</b>         | Deutsches IndustrieForum   |
| <b>DIN</b>         | Deutsches Institut für Normung e. V.   |
| <b>DLZ</b>         | Dienstleistungszentrum   |
| <b>DMS</b>         | Dokumentenmanagementsystem   |

## ABKÜRZUNG BEZEICHNUNG

|              |   |
|--------------|---|
| d-NRW        | Leitprojekt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für E-Government                            |
| DOI          | Deutschland-Online Infrastruktur  |
| DOL          | Deutschland-Online  |
| DOMEA        | Konzept für Dokumenten-Management und elektronische Archivierung in der öffentlichen Verwaltung |
| Dosys.       | Dortmunder Systemhaus   |
| DRG          | Diagnosis Related Groups (deutsch: diagnosebezogene Fallgruppen)                                |
| DRV          | Deutsche Rentenversicherung   |
| eAkte        | Elektronische Akte  |
| eAntrag      | Elektronischer Antrag   |
| eANV         | Elektronisches Abfallnachweisverfahren  |
| eBIV         | elektronische Beihilfebearbeitung in der Verwaltung   |
| E-Business   | Electronic Business   |
| eContent     | Als eContent wird ein multimedial und interaktiv aufbereiteter Inhalt bezeichnet.               |
| EDB          | Europäische Digitale Bibliothek   |
| Efa          | Einer-für-Alle  |
| EG           | Europäische Gemeinschaft  |
| E-Government | Electronic Government   |
| E-ID         | Elektronische Identität   |
| ELSTER       | Elektronische Steuererklärung   |
| EMEA         | Beschreibt den Wirtschaftsraum Europa, Naher Osten und Afrika                                   |
| ePRTR        | Elektronisches Schadstofffreisetzungs- und verbringungsregister                                 |
| EPSA         | European Public Sector Award  |
| ERP-Software | Enterprise Resource Planning-Software   |
| eService     | Elektronischer Service  |
| eTAM         | Elektronische Tierarzneimittelzulassung   |
| EU           | Europäische Union   |
| EUPAN        | European Public Administration Network  |
| e. V.        | Eingetragener Verein  |

## ABKÜRZUNG BEZEICHNUNG

|            |  |
|------------|--|
| eVA        | Elektronische Verdachtsanzeige nach dem Geldwäschegesetz                             |
| e-Vergabe  | Vergabepattform des Beschaffungsamtes des BMI  |
| FB         | Fachbereich  |
| FHG IAO    | Fraunhofer-Gesellschaft, Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation             |
| FHG IESE   | Fraunhofer-Gesellschaft, Institut Experimentelles Softwareengineering                |
| FüAK       | Führungsakademie der Bundeswehr  |
| FuE        | Forschung und Entwicklung  |
| GAK        | Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“         |
| GDV        | Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft e. V.                            |
| GGO        | Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien                                    |
| GOÄ        | Gebührenordnung für Ärzte  |
| GOZ        | Gebührenordnung für Zahnärzte  |
| GRV        | Gesetzliche Rentenversicherung   |
| GWG        | Geldwäschegesetz   |
| HKR        | Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen   |
| IBM        | International Business Machines Corporation (Unternehmen)                            |
| IDEV       | Internet Datenerhebung im Verbund (Statistisches Bundesamt)                          |
| IMK        | Innenministerkonferenz   |
| INPOL      | INPOL ist das einheitliche Polizei-Informationssystem der deutschen Polizeien.       |
| INQA       | „Initiative Neue Qualität der Arbeit“  |
| IPSG       | Innovative Public Services Group   |
| IPTC – NAA | International Press Telecommunications Council                                       |
| IPv6       | Internet Protocol Version 6  |
| IR         | Interne Revision   |
| ISO        | International Standardization Organization (Internationale Organisation für Normung) |
| ISPRAT     | Interdisziplinäre Studien zu Politik, Recht, Administration und Technologie e. V.    |

## ABKÜRZUNG BEZEICHNUNG

|              |  |
|--------------|--|
| IT           | Informationstechnik  |
| IT FoodTrace | Sichere Lebensmittelkette  |
| IUCLID       | International Uniform Chemical Information Database, Datenbank, die der elektronischen Erfassung der Eigenschaften chemischer Stoffe dient |
| JKI          | Julius Kühn-Institut – Bundesforschungsanstalt für Kulturpflanzen (ehemalige Biologische Bundesanstalt)                                    |
| KBA          | Kraftfahrt-Bundesamt   |
| KBSt         | Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung                                    |
| Kfz          | Kraftfahrzeug  |
| KIVD         | Kommunikationsinfrastruktur für die öffentliche Verwaltung Deutschlands  |
| KoopA        | Kooperationsausschuss Automatisierte Datenverarbeitung Bund/Länder/Kommunaler Bereich  |
| KVB          | Krankenversicherung der Bundesbahnbeamten  |
| KVP          | Kontinuierlicher Verbesserungsprozess  |
| ON           | OfficeNet  |
| OSCI         | Online Services Computer Interface   |
| PC           | Personal Computer  |
| PflSchG      | Pflanzenschutzgesetz   |
| PSM          | Pflanzenschutzmittel   |
| PStRG        | Personenstandsrechtsreformgesetz   |
| Q 1, 2, 3, 4 | Quartal 1, 2, 3, 4   |
| QM           | Qualitätsmanagement  |
| REACH        | Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals (Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien)                              |
| RKI          | Robert Koch-Institut   |
| SAGA         | Standards und Architekturen für E-Government-Anwendungen   |
| SKM          | Standardkosten-Modell  |
| SSC          | Shared Service Center  |
| StBA         | Statistisches Bundesamt  |

## ABKÜRZUNG BEZEICHNUNG

|                |  |
|----------------|--|
| TESTA-D        | Trans European Services for Telematics, hier die nationale Ausprägung des TESTA-Netzes   |
| TELETRUST      | Verein zur Förderung der Vertrauenswürdigkeit von Informations- und Kommunikationstechnik, TeleTrust Deutschland e. V.                                 |
| TM + TS        | Travel Management/Travel Management System   |
| Tsd.           | Tausend  |
| TU-Darmstadt   | Technische Universität Darmstadt   |
| TU München     | Technische Universität München   |
| TVöD           | Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst   |
| UBA            | Umweltbundesamt  |
| UN             | Vereinte Nationen  |
| UN ECE         | United Nations Economic Commission for Europe  |
| VBS            | Vorgangsbearbeitungssystem   |
| V-Modell XT    | Das V-Modell ist ein Vorgehensmodell zum Planen und Durchführen von Projekten (Vorgehensmodell Extrem Tailoring).                                      |
| Wibe           | Methodik Wirtschaftlichkeitsbetrachtung  |
| XClient        | Ein XClient übernimmt die Berechnung von Daten und kann die Ergebnisse von Anwendungsprogrammen auf einem anderen Computer, einem XServer, darstellen. |
| XDOMEA         | XML-Standard des DOMEA-Konzepts  |
| XMeld          | XML-Standard für den Datenaustausch der Melderegister  |
| XML            | Extensible Markup Language   |
| XÖV-Prozesse   | XML in der öffentlichen Verwaltung   |
| XPersonenstand | XML-Standard für den Datenaustausch im Personenstandswesen   |
| XVergabe       | XML-Standard für den Datenaustausch bei der elektronischen Vergabe   |
| ZFZR           | Zentrales Fahrzeugregister   |
| ZKS            | Zentrale Koordinierungsstelle der Länder   |
| ZIVIT          | Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik   |



